

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

173 (29.7.1925)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Musfeskunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Verlagspreis: halbjährlich 1.— M. mit 90 J. ohne Zustellung. Einzel-
preis 10 J., Samstags 15 J. — Anzeigen: die einspaltige Kolonelle
20 J., auswärts 25 J., Reklamen 80 J. Annahmefrist 8 Uhr vormittags.
Ausgabe: Verlags mittags. Geschäftsstelle
u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher:
Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.
Schriftleitung: Georg Schöfelin; für die Redaktion verantwortlich: Ber-
mann Kadel; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Druck und Verlag
der Verlagsdruckerei Volkshfreund G. m. b. H., sämtliche in Karlsruhe.

Der Reichstag soll weiter tagen!

Das Steuerrecht und die Zollwuchereien sollen durchgepeitscht werden — Terroristische Maßregeln der Steuer- und Zollwuchermehrheit gegen die Opposition

Aus Berlin wird durch ein bürgerliches Korresponden-
büro gemeldet:
Der Reichstag hat heute mittag um 12 Uhr eine längere Sitzung zusammen, um sich mit dem Arbeits-
plan zu beschäftigen. Im Prinzip kam eine Einigung dahin
auf, daß die Zollvorlage noch in diesem Tagungsabschnitt
im Anschluß an die Steuervorlage erledigt werden soll. Zu
diesem Zweck sollen die Beratungen länger ausgedehnt und
die Redeszeiten verkürzt werden. Bis zu welchem Zeitpunkt
der gesamte Beratungsstoff erledigt werden kann, steht noch
nicht fest. Zur Klärung dieser Frage trat ein Unterausschuß
des Reichstages sofort zusammen, der seine Beratungen zur
Zeit noch nicht abgeschlossen hat.
Im Unterausschuß des Reichstages verlangte keine ein-
sige Partei, daß die Erledigung der Zollvorlage auf den
Verzögerung verfahren wird. Die Rechtsparteien bekundeten die
Absicht, alle noch ausstehenden Gegenstände in diesem Tagungs-
abschnitt zu erledigen, während die Sozialdemokraten und die
Kommunisten sich bereit erklärten, im Interesse einer ord-
nungsmäßigen Erledigung aller Gesetze auch bis zum Oktober
durchzuhalten.
Der Unterausschuß beschränkte sich sodann darauf, nur noch
den Arbeitsplan für die Beratung der Steuerfrage im einsei-
tigen festzusetzen. Für eine Anzahl der Steuerfragen soll bei
der Generaldebatte eine einstimmige Redebest für jeden Redner
bestimmt werden und in der Einzeldebatte, in der allerdings
immer eine Anzahl von Paragrafen zusammengezogen wer-
den soll, eine Redebest von 20 Minuten. Hiernach ist der end-
gültige Schluß des gegenwärtigen Tagungsabschnittes nach wie
vor vollkommen ungewiß.

Die Beschlüsse des Reichstages sind ausgefallen, wie
wir gestern ganz richtig vorausgesehen haben. Die Regie-
rung hält daran fest, daß nicht nur das schwere Steuer-
recht, sondern auch die Zollräuberei im Reichstage
durchgepeitscht wird. Es ist bemerkenswert, daß
seit 2 Tagen die bürgerliche Presse voll von Klagen dar-
über ist, daß die Abgeordneten der bürgerli-
chen Mehrheit, die das Steuerrecht und die Zoll-
räuberei zum Gesetz erheben wollen, in hohem Maße
die Reichstagsitzungen schwächen. So wurde gestern
in der bürgerlichen Presse mitgeteilt, daß über 100 Ab-
geordnete der Steuer- und Zollwucher-
mehrheit am Montag gefehlt haben, während die
Opposition ziemlich vollständig anwesend ist. Selbst
deutschnationale Blätter sprechen von einer Blama-
ge der Rechtsparteien. Wie aus der vorliegenden
bürgerlichen Meldung ersichtlich ist, treiben nunmehr die
Parteien, die das deutsche Volk und das Deutsche Reich
durch das schwere Steuerrecht und die Zollwucherei
auf tiefste Schädigung wollen, darauf hinaus, im Reichs-
tag die Redebest zu beschränken, um die Opposition zu sel-
ben, damit die Interessen des Volkes rascher wahrgenom-
men und gewahrt werden können. Die Sozialdemokratie
besteht auf einer gründlichen Beratung, um dem deutschen
Volke zu zeigen, in welcher ungeheuerlichen Weise die Mehr-
heit des Volkes durch die neuen Steuer- und Zollgesetze
geschädigt werden soll. Wie sich die Verhältnisse im
Reichstage im Verlaufe der weiteren Beratung noch ge-
stalten werden, ist zur Stunde nicht abzusehen.

nürke“ fordert ähnlich dem von uns ausgedrückten Verlangen
in seiner heutigen Morgenausgabe einen Untersuchungsaus-
schuß des preussischen Landtages, um die Brunnenvergift-
ter zu ermitteln, die den ganzen Skandal angeregt haben,
um ihrer Parteinteressen willen.“
Die „Völkische Zeitung“ erklärt: „Man muß erwarten, daß
unvoreingenommene Untersuchungsbehörden schleunigst die
Nachprüfung des neu ausgearbeiteten Materials vornehmen
und der Öffentlichkeit möglichst rasch ein ungeschöntes Bild
davon geben, wie weit Zusammenhänge zwischen politischen Ex-
peditionen und amtlichen Instanzen bestanden haben.“
Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: „Schleunigst amtliche
Klärung aller Vorwürfe wird notwendig sein, die, wenn sie
sich bewahrheiten, einen unerhörten Mißbrauch der Justiz dar-
stellen. Die Klärung dieser Dinge zuziele für die bestmög-
liche Fortführung des Barma-Katzen-Verfahrens Sorge
tragen muß.“
Die „Germania“ sagt: „Was die Anklage gegen die
Staatsanwaltschaft bedeutet, braucht wohl nicht näher erklärt
zu werden, auch denen nicht, die sich so gern als Hüter der
alten preussischen Beamten-Tradition aufspielen. Man
darf verlangen, daß hier rücksichtslos eingegriffen wird und daß
die Hintermänner der Barma endlich aus dem Dunkel ihrer
Tätigkeit in das helle Licht der Öffentlichkeit gerückt werden.“

Berlin, 9. Juli. (Ein. Fundbüro.) Im Zusammen-
hang mit dem angedeuteten staatsanwaltlichen Kuhnmann-
Geldskandal berichtet das „Berliner Tageblatt“ über einen
Vorfall, der von allgemeinem Interesse sein dürfte und der un-
seres Erachtens eine Bestätigung für die rechtsradikale Best-
arbeit mit allen Mitteln ist. Selbst den Diebstahl haben
die Rechtsparteien nicht scheut, um ihre Absichten zu
erreichen. Bei dem Vorfall selbst handelt es sich um folgendes:
„Anfang dieses Jahres hatte die „Berliner Völkische Zeitung“
die Behauptung aufgestellt, daß die Pressestelle der preussischen
Staatsregierung von Barma Gelder empfangen habe. Am
19. März fand der Verhandlungstermin gegen das genannte
Blatt statt, das wegen verleumderlicher Behauptung verurteilt
war. Etwa 14 Tage vorher, an einem Sonntag, wurde in der
Wohnung eines Beamten der preussischen Pressestelle ein Ein-
bruch verübt, dessen besonderer Charakter darin bestand, daß
keinerlei Wertgegenstände entwendet, sondern lediglich Papiere und
Briefschaften, die offenbar politisch wertvolles Material
sind, durchsucht worden. Welches Büro hat wohl diese Ein-
brecher beantragt?“

Ein deutscher Justiz-Skandal

Staatsanwälte als Agenten der deutschnationalen Ver-
leumdung — Wie Staatsanwälte die Barmafälsche Be-
trieben haben

Als im Januar dieses Jahres die Barmafälsche Losung,
erfahren wir, daß wir von der Korruption befreit würden.
Seitdem sind 7 Monate vergangen, ohne daß man uns irgend
eine materielle Korruption, besonders was die Sozialdemokra-
tie anbelangt, nachgewiesen hätte. Wir erinnern uns an den
Fall Sob, den die übertriebene Staatsanwaltschaft wegen an-
geblicher aktiver Beamtenbestechung verurteilt hat, die aber
mitteilungen ergab, welche Beamten er eigentlich bestochen
haben sollte, und was er bis heute noch nicht erfahren konnte.
Man sollte nun meinen, daß derartige, der die Aufdeckung von
wirklichen oder vermeintlichen Korruptionen so sehr betreibt,
auch selbst eine laubere Weste haben müßte. Dem ist aber
nicht so. Die wahre Absicht war von Anfang an mit der
Sache Barma ein politisches Theaterstück zu inszenieren, um
die Vorkriegsparteien für die Reichspräsidentenwahl zu schwächen,
deswegen auch die Verurteilung der Sache mit dem Fall Kuit-
sch, der heute noch die Rechtsparteien den Sozialdemokraten
den Hals zu hängen versucht, obwohl Kuitischer mit der
Sozialdemokratie absolut nichts zu tun hatte, dagegen Schüt-
ling der Volkstümer war. Ein Berliner Staatsan-
walt soll sich in der Barmafälsche geäußert haben: „In den
Tagen, an denen ich nichts verstanden kann, prüde ich meinen
Hund. Im Ausland sties schon rein äußerlich in der Barmafälsche
afäre der Verdacht auf, daß hier neben dem strafrechtlichen
Geschäft mindestens noch ein Nebengeschäft politischer Art ge-
führt werde. Dieser Verdacht verschärfte sich mit der Beobach-
tung, daß die Staatsanwaltschaft gegen Barma vier bis fünf-
mal den Gegenstand der Anklage wechselte. Die erste Anklage
auf Grund deren die Massenverhaftungen erfolgten, hat sich
längst als unhaltbar erwiesen, dafür wurden immer wieder
neue Anklagen konstruiert. Nun tritt aber in diesem Moment
noch etwas Granierendes hinzu:
Ganz unzweifelhaft sind während des Verfahrens amtliche
Dokumente von den Strafverfolgungsbehörden beschlagnahmt
worden und fortgeschickt an die Defensionsstelle, d. h. geschick-
ten an die Rechtspresse gelangt, ohne daß die Quelle bisher
ermittelt werden konnte. In einem Falle, als der bekannte
Kammergerichtsbeschluss aus dem Verfahren gegen Barma
publiziert wurde, hat das Justizministerium die Staatsanwalts-
schaft Berlin 3 mit der Einleitung eines Verfahrens gegen
Unbekannt beauftragt, aber auch dieses Verfahren führte zu
keinem Ergebnis. Die Tatsache aber, daß die Defensionsstelle
in diesem Falle strafbar sind, stand schon lange fest. Diese zu er-
mitteln konnte nur möglich sein, nachdem die Berliner Krimi-
nalpolizei mit aller Energie und Kraft genaue Nachforschungen
in Gestalt von Hausdurchsuchungen angestellt hat. Dieses Material
mußte, bevor es der Polizei übergeben wurde, auf anderen
Stellen vorgelegt worden sein. Dies ist bereits teilweise durch
den „Vorwärts“ der Öffentlichkeit bekannt gemacht worden.
Die Untersuchung führt auf ganz bestimmte Spuren, die einer-
seits zu den deutschnationalen, andererseits zu der Staatsan-
waltschaft gehen. Die deutschnationalen werden sich verneinlich
bemühen, das Berliner Büro in der Luisenstraße abzuschütteln.
Ein Büro, das von einem deutschnationalen Abgeordneten,
Herrn Direktor Leopold des Mitteldeutschen Brauntoblen-
Konzepts geleitet wird, der Verbindungen zu der gesamten

deutschnationalen Presse von der „Deutschen Zeitung“, bis zur
„Berliner Völkische Zeitung“ unterhält, ein solches Büro ist offen
oder verdeckt, ein Parteiufernehmen. Es läßt sich auch der
Beweis dafür erbringen, daß Mitglieder des Büros andere
Stellen schon taatslang vorher auf Artikel aufmerksam gemacht
haben, die in der Rechtspresse erschienen sollen, und tatsächlich
später erschienen sind. Im übrigen werden die Beziehungen
zu der Deutschen Volkspartei auch durch den Geschäftsführer
des Büros, Herrn Weich, bestätigt. Auf der anderen Seite
kann auch die Staatsanwaltschaft ihre Beziehungen zu dem
Büro mit diesen urkundlichen Belegen nicht verleugnen. Wenn
H. Weich Kuhnmann mit dem Leiter des Büros sogar schon
Eingelassen unternahm, so muß die Intimität schon recht weit
vorangeht haben, ebenso diejenige mit dem Hauptlehrer
Knohl, alias Kuge, von dem sich Herr Kuhnmann sogar zu
Kneipereien einladen und freitreiben ließ. Damit ist die Quelle
der Indispositionen endlich aufgezeigt, aufgedeckt als eine
intime Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaft und
einem deutschnationalen Büro, darüber kann es nach den vor-
liegenden Meldungen einen Zweifel kaum mehr geben. Dieses
Büro hat insbesondere auch den in der Barmafälsche oft er-
wähnten Kammerbeschluss in die Öffentlichkeit lauziert, dem
er durch die Staatsanwaltschaft zugänglich gemacht war, und
sogar war die Veröffentlichung ein Nachteil dafür, daß das
Justizministerium im Hofe-Ausschuß pflichtgemäß die Staats-
anwälte nicht gebot hatte, deren Verhalten in der Gesamt-
auschluß (mit Einschluß der deutschvolksparteilichen Stimmen)
in zahlreichen Punkten als taktlos, übereifrig und nicht pflicht-
gemäß bezeichnet hat. Wie weit in dieser Sache die Staats-
anwaltschaft und die deutschnationalen zusammengehandelt
haben, läßt sich heute noch nicht übersehen. Polizei und
Staatsanwaltschaft können die Sache nur soweit klären, als sie
rein krimineller Natur ist, soweit also Amtsvergehen vorliegen.
Nun ist aber die Tatsache als solche, daß die Staatsanwalts-
schaft mit bestimmter Absicht eine Partei informiert, kaum
strafrechtlich fahbar, dagegen disziplinarisch, und es muß diese
Sache daher ein Untersuchungsausschuß in die Hand nehmen,
der befugt ist und befähigt, auch die politischen Zusammen-
hänge zwischen der Staatsanwaltschaft und den deutschnatio-
nalen aufzudecken. Wir meinen, daß hier ein politischer Un-
tersuchungsausschuß einzusetzen ist, der das Verhalten der
Staatsanwaltschaft in den sogenannten Korruptionsfällen mit
aller Gründlichkeit nachprüft, wie das im Falle Hofe schon
geschehen ist. Dieser Ausschuß würde wohl sehr rasch ermitteln,
daß die einzelne und wirkliche Korruption bei den Korruptions-
schlüsseln liegt.

England und die Sicherheitsfrage

Paris, 29. Juli. (Eigener Fundbüro.) Der englische
Gesandtschaftsrat in Paris hatte am Dienstra eine Unterredung
mit Briand über die deutsche Sicherheitsfrage. Er hat
bei dieser Gelegenheit Briand die schriftlichen Mitteilungen
der von ihm im Namen der englischen Regierung gemachten
Ausführungen überlassen, in denen der Standpunkt des
Foreign Office niedergelegt ist. Eine französische Antwort auf die
London teilt darüber mit, daß diese englische Antwort auf die
letzte Demarche des französischen Botschafters in London, ohne
auf die Details der deutschen Note einzugehen, in allgemeinen
Prinzipien gehalten sei. Es gehe daraus hervor, daß im großen
über die deutsche Note der englische sei, wie der der französischen
Regierung. Es scheint jedoch, daß das Foreign Office das
Bestreben habe, den Meinungsaustrausch derart zu beschleuni-
gen, daß sobald wie möglich die direkten Verhandlungen
mit Deutschland aufgenommen werden können. Die Savas-
Meldung behauptet weiter, daß die Meinungsverschiedenheiten
zwischen der französischen und englischen Regierung, von denen
in den letzten Tagen die Rede gewesen sei, in Wirklichkeit nicht
beständen. Die englische Regierung vertrete ebenso wie die
französische Regierung den Standpunkt, daß Deutschland bei
seinem Eintritt in den Völkerbund keine Ausnahme von den
den Mitgliedern des Bundes auferlegten militärischen Ver-
pflichtungen verlangen könne. Deutschland müsse vielmehr
seinen Eintritt unter den für alle Mitglieder notwendigen ge-
wöhnlichen Bedingungen vollziehen und dann erst würde ihm
frei, seine besondere Lage vor der zuständigen Stelle des Völk-
erbundes geltend zu machen, die absolut freie Hand habe be-
halten, dem Rechnung zu tragen oder nicht. Auch in der Frage
der Garantie der östlichen Schiedsverträge durch Frankreich
habe sich England bisher in keiner Weise gegen den französi-
schen Standpunkt ausgesprochen. — Wir geben diese Meldung,
die mit allen bisherigen Informationen in Widerspruch steht,
nur mit ausdrücklichem Vorbehalt.

Düsseldorf wird geräumt

Essen, 28. Juli. Die französische Besatzung der
Stadt Düsseldorf hat heute das Regierungsgebäude, das
seit länger als Jahresfrist zum größten Teil besetzt war, ge-
räumt. Mit dem stärkeren Transporttransport ist begonnen
worden.

Faschistische Banditen

Rom, 29. Juli. (Ein. Fundbüro.) In Palermo wurde
der in einem Auto führende ehemalige Ministerpräsident Or-
lando, der vorher eine Wahlrede für den Freiheitsklub zu
den Gemeindevahlen gehalten hatte, von Faschisten überfal-
len. Die Autofahrer wurden mit Knüppeln zerquetsert. Or-
lando selbst blieb unverletzt.

Rom, 29. Juli. (Ein. Fundbüro.) Die „Agenzia Natio-
nale“ meldet, daß der frühere italienische Botschafter in Ber-
lin, Senator Valsak Moncecatino, der in Rom zur Kue wollte,
von dort flüchten mußte, weil ihm nach dem Heberfall Am-
delas ebenfalls Angriffe von faschistischer Seite angedroht
wurden.

Berlin, 29. Juli. (Ein. Fundbüro.) Die Haus-
suchung der Berliner Kriminalpolizei in den Wohnungen
der kommunistischen Staatsanwälte Capari und
Kuhmann hat zur Beschlagnahme einer Reihe von
Schriftstücken und Briefen geführt. Dieses beschlagnahmte Ma-
terial findet ebenfalls eine Bestätigung für die Richtigkeit der
veröffentlichten Schriftstücke und für den engen Verkeh-
der amtlichen Personen mit Angehörigen oder Beauftrag-
ten der deutschnationalen Partei. Es ist übrigens
äußerst bemerkenswert und interessant, daß nicht ein einziges
deutschnationales Morgenblatt von heute auch nur den Ver-
such macht, die von sozialdemokratischer Seite aufgestellten Be-
hauptungen zu wiederlegen oder gar als falsch zu bezeichnen.
Man schimpft — und bestätigt alles als den Tatsachen ent-
sprechend. Damit dürfte der Fall Capari und Kuh-
mann, der gleichzeitig ein Fall der deutschnatio-
nen Volkspartei ist, nicht erledigt sein. Auch der „Vor-

Mecklenburg — das Land der nationalitätlichen Mordorganisationen

Weitverbreitete nationalitätliche Mordorganisationen in Mecklenburg. — Ihre Bekämpfung durch geheime Gerichtsverhandlungen. — Wie lange soll dieser ungeheuerliche Zustandsstand noch dauern?

Die kleine Anfrage der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wegen der Geheimhaltung des Gemordetenprozesses in Wismar ist neuerdings durch Tatsachen, die sich trotz aller Bemühungen des Landvolkes und des Schweriner Schwurgerichts einfach nicht löschweigen lassen, in ihrer Bedeutung wesentlich erhöht worden. So ist in Grevesmühlen, wo demnächst ein Prozeß gegen 17 Mecklenburger wegen Landfriedensbruch stattfinden sollte, der Hauptkassationszweig, ein „unfähiger“ aemordener Hochbater, im Anschluß an eine wilde Schlägerei spurlos verschwunden. Die mecklenburgischen Mordgesellschaften sind also nach wie vor am Werk, ihren „Staat im Staat“ mit ihren Straßkriegermethoden aufrecht zu erhalten. Ein kräftiger Zugriff des Reichsanwalts wäre hier dringend erforderlich. Hierfür folgende Fingerzeige:

Das Hauptquartier der mecklenburgischen Mordorganisationen befindet sich in Groh-Wahnstorf; auf den umliegenden Gütern ist die „Gardetruppe“ stationiert. Einen vorzüglich eingearbeiteten „Unterabchnitt“ bildet Gadebusch mit den benachbarten Gutshöfen. Von hier aus spinnen sich die Fäden der völkischen Geme über ganz Mecklenburg und ganz Deutschland. Von den Nordplaten, deren Zusammenhänge auf die beiden Zentralen weisen, seien folgende genannt: Der Rathenow-Mord. Die Nordplato wurde in Schwerin in Empfang genommen. Die Mörder erhielten zwei Tage Unterchlupf auf dem Gut des Herrn von der Lühe.

Der Mord an dem Studenten Bauer in München. Bauer war Seminarist in Wismar und ist durch Verprechungen eines kostenlosen Studiums in den Völkischen herangezogen worden.

Der Totschlag an dem Seminaristen Radow in Parchim. Die Motive der Tat waren die gleichen wie im Fall Bauer. Bescheidend für die Macht der Feme ist in diesem Fall die Tatsache, daß die Gutsarbeiter mochenlang von dem Mord wußten, ohne Anzeige zu erstatten. Eine bis an die Zähne bewaffnete völkische Horde terrorisierte die Umgegend von Parchim derart, daß dieses Gefindel unter dem Schutz seiner adelichen und landbändlerischen Protectors mit aller Frechheit auftreten und seine Heldentaten „verfeinern“ konnte.

Der Mord an dem Frontbannführer Jutz in Kowenstorf. Jutz, der als „unfähiger“ bekannt war und Spikeldienste geleistet haben soll, wurde bei einem Zusammenstoß mit einem ländlichen Gefanvereine „aus Versehen“ erschossen. Der Totschlag wurde der Form halber mit einigen Wunden Gefanngenschaft bestraft.

Der Mord an dem Landwirtschaftsgehilfen Eward Wätzer. Man versuchte diese Heldentat zunächst mit einer rührenden Todesanzeige der Arbeitsgemeinschaft Roshach zu verwechseln. Schließlich bequeme man sich zu einer Zeitungsnotiz, derzufolge der Unklugliche als fast verlorbte Leiche aus dem Draguner Gehölz hervorgezogen worden sei — als Folge eines öffentlichen Selbstmordes. Der Gerichtsbescheid aber ergab, daß lediglich die Dalspartien des Wätzer verbrannt waren und Selbstmord gar nicht in Frage kommen kann. Heute herrscht noch Dunkel über diesen eigenartigen Fall.

Wie lange geduldet der Oberreichsanwalt die Mecklenburger Zustände noch zu dulden? Allerdings braucht man sich nach den Enthüllungen des Genossen Rosenfeld über Herrn Dr. Ebermann und seine Auffassung von Gerechtigkeit jetzt auch über nichts mehr zu wundern. Die Sozialdemokratie wird sich trotzdem nicht abhalten lassen, auf die Straßkriegermethoden in dem von den Rechtsparteien beherrschten Mecklenburg hinauszweisen und der Öffentlichkeit ein Bild von völkischer bzw. deutschnationaler Kultur zu geben.

Die Autokratie bei den Reichsbahnen

Die Herren-Mitglieder der Reichsbahnverwaltung haben die Autonomie der Reichsbahn im Laufe eines Jahres zu einer brutalen Autokratie verwandelt, die schwer auf dem Eisenbahnpersonal lastet und sich den Teufel um die Grundzüge des allgemeinen Rechts kümmert. Es ist deshalb höchste Zeit, daß die Grenzen der Reichsbahn-Autokratie festgestellt werden. Mit dieser Klarstellung ist nunmehr der 24. Ausschuß des Reichstags beauftragt worden. Hoffentlich arbeitet er rasch und gründlich und schiebt dem Mißbrauch des Eisenbahngesetzes durch die Scharfmacher im Verwaltungsrat der Reichsbahn einen kräftigen Riegel vor.

Die französischen Sozialdemokraten und die Regierung

Paris, 27. Juli. (Eig. Bericht.) Auf der Tagesordnung der sozialistischen Verbände im Seine-Departement, die angesichts des am 15. August stattfindenden Parteitag abgehalten wurde, nahm Leon Blum in seiner Eigenschaft als Sekretär der sozialistischen Kammerfraktion Stellung zu der Beteiligung der Sozialisten an einer bürokratischen Regierung und beleuchtete dabei die politischen Ereignisse der letzten Monate. Die sozialistische Fraktion, so erklärte er, habe dem Ministerium Painlevé ihre Unterstützung infolge der Haltung der Rechten gewährt. Inzwischen seien die marokkanischen Ereignisse und die Finanzprojekte Caillaux' gekommen und in der Fraktion seien zwei Strömungen entstanden. Die eine habe einen Vorstoß gegen die Regierung befürwortet, der in der Neubildung eines Ministeriums Herriot münden sollte und habe dabei auf die Unterstützung eines Teils der Radikalsocialisten gerechnet. Die andere dagegen habe eine Regierungskrise unter den augenblicklich schweren Umständen vermeiden wollen. Die Ereignisse hätten schließlich dazu geführt, daß die Fraktion die Marokko-Kredite nicht votiert und gegen das gesamte Budget gestimmt hätte. — Der Redner betonte u. a. noch, daß das Vertrauen, welches Painlevé verdiente, sich nicht auf Caillaux erstrecken könne. Der Finanzminister habe in der Kammer eine Mehrheit gesucht, die sich mit der im Senat verständigenden könnte, habe es aber nicht vermocht, den sozialistischen Flügel von den Radikalsocialisten zu trennen. Es bliebe infolgedessen dem Ministerium nur die Möglichkeit, mit der Unterstützung der Rechten zu regieren. Die Neubildung der Mehrheit des Kabinetts Herriot scheine aber unter den heutigen Verhältnissen unmöglich. Leon Blum trat dann entschlossen gegen die Beteiligung der Sozialisten an der Regierung ein. Das aber solle die Sozialisten nicht hindern, jede demokratische Regierung zu unterstützen. Am Schluß der Sitzung wurde eine Resolutionskommission eingesetzt, der 15 Geaner und 5 Anhänger des Eintritts in ein bürokratisches Ministerium angehören.

Die Arbeiter-Olympiade Sportlicher Hochbetrieb am Montag

Ideale Witterung — Kämpfe in allen Sportarten — Entschiedenungen

Inf. Frankfurt a. M., 27. Juli. (Eig. Bericht.) Der heutige Tag brachte bei idealer Witterung einen Sportbetrieb in wahrhaft olympischem Ausmaß, der zudem noch den Reiz hatte, daß in verschiedenen Sportarten, besonders in Leichtathletik und Schwimmen die Entschiedenungen zum Austrag kamen.

Auf der Wetturweise und im Wettturnen herrschte den ganzen Tag über regster Betrieb. Turner und Turnerinnen belagerten, der Tischtennislokalen, Finnlands und Deutschlands führten ihre Turnsysteme vor und gaben den Zuschauern ausreißenden Stoff an Diskussionen und Verleichen. Dieser Wettstreit dürfte für die Weiterentwicklung des Turnens von größter Bedeutung sein. Der Acht- und Zwölfkampf der Turner und Turnerinnen wurde von einer großen Zahl von Zuschauern lebhaft verfolgt. Auch das Ringen, sein Stammespublikum gesichert. Es scheint, daß das Interesse für den Boxsport auch in der Arbeiterbewegung weit verbreitet ist.

Die große Kampfbahn war den ganzen Tag über von Zuschauern umlagert, denn es gab fortwährend, in buntem Wechsel sportliche Darbietungen zu sehen. In den Kanfkourenrennen sicherten sich die Finnen erwartungsgemäß den Sieg in 800 Meter, 1500 Meter, 3000 Meter, 25 Kilometer, Weitsprung und Schwedenstaffette.

Zur Abendstunde gab es am Nachmittag ein Fußballspiel auf dem Rasen der Kampfbahn, das für viele eine interessante Neuheit, besonders bei den Ausländern, bedeutete.

Auf der großen Sportwiese herrschte andauernd „Bewegung“. Den Freiübungen des Mitteldeutschen Verbandes folgten Reulenübungen der Turnerinnen des 9. Kreises, Stabübungen des nordwestdeutschen Verbandes, Gruppenübungen des ostdeutschen Verbandes und Vereinsturnen des süddeutschen Verbandes. Das Musterercenturnen wurde am Vormittag von Deutschland eröffnet, und von den Tischtennis und den Finnen gelöst.

In der Wasserportbahn kamen die Endkämpfe im Schwimmen und Springen unter Anteilnahme einer ungeheuren Zuschauerszahl zum Austrag. Im Wasserballspiel siegte Deutschland über Oesterreich im Endkampf um die Olympiade-Weißerschal mit 6 zu 5 Toren nach Verlängerung.

Die Seminaristen hatten heute einen ruhigeren Tag. Nach einer Auffüllung gab es in den letzten vier Tagen rund 2000 Unfälle, durchweg leichterer Natur. Dem einzigen leider tödlich verlaufenen Unfall fiel ein Seminarist zum Opfer, der von einem Auto in der Posthausstraße überfahren wurde. Der Verletzte starb am 27. Juli.

Die sportliche Unternehmung bei der Olympiade, die von Mitgliedern des Frankfurter Versteckvereins mittels Messungen und Röntgenaufnahmen durchgeführt werden, haben bereits interessante Ergebnisse gezeitigt, die in den nächsten Tagen der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden. Bei dem seitigen 10 000-Meter-Lauf erab die Röntgenaufnahme bei einem Teil der Kämpfer im Magen und Darm eine starke Luftfülle, wodurch Herz- und Zwerchfell verdrängt wurden. Durch dieses unbedachtigte Luftschlucken war die Leistungsfähigkeit wesentlich herabgesetzt worden.

Ergebnisse der Leichtathletik:

- 800-Meter-Lauf (Entscheidung): 1. Borg-Finnland 1,59; 2. Järvinen-Finnland 2,03,5.
- Sechskampf: 1. Muttonen-Finnland 1119 Punkte; 2. Takinen-Finnland 1023,5 Punkte.
- Hochsprung für Sportler (Entscheidung): 1. Korpi-Finnland 1,79 Meter und Niemi-Finnland 1,79 Meter; 2. Seinen-Finnland 1,71 Meter.
- Diskuswerfen für Sportlerinnen: 1. Rodiova-Tschechoslowakei 20,39 Meter; 2. Drwin-Lettland 20,17 Meter; 3. Kehr-Zubwigsbaben.
- Hochsprung für Sportlerinnen (Entscheidung): 1. Saake-Magdeburg 1,39 Meter; 2. Went-Berlin 1,36 Meter.

- Weitsprung für Sportler (Entscheidung): 1. Seinen-Finnland 6,83 Meter; 2. Pitonen-Finnland 6,60 Meter.
- Schwedenstaffette (Entscheidung): 1. Finnland 2,07,8; 2. Deutschland 2,08,1; 3. Oesterreich 2,08,8.
- 3000-Meter-Mannschaftsläufen (Entscheidung): 1. Finnland 9,31,7; 2. Deutschland 19,03,1.
- 1500-Meter-Lauf (Entscheidung): 1. Borg-Finnland 4,07,1; 2. Pitonen-Finnland 4,11,2; 3. Wagner-Deutschland 4,12,6.
- 25-Kilometer-Lauf (Entscheidung): 1. Pitte (Finnland) 1,24,3; 2. Paatonen-Finnland 1,24,51,5 Sek.

Ergebnisse der Schwimmwettkämpfe:

- Männer-Freitilchwimmen 1500 Meter (Entscheidung): 1. Krause-Deutschland 25,23,2; 2. Dabbe-Deutschland 26,15.
- Männer-Brustschwimmen 400 Meter (Entscheidung): 1. Behmann-Deutschland 6,48,1; 2. Kantenberg-Deutschland 6,05,2.
- Männer-Ruckschwimmen (Entscheidung): 1. Frische-Deutschland 56,7 Punkte; 2. Baste-Deutschland 49,7 Punkte.
- Männer-Brustschwimmen 200 Meter (Entscheidung): 1. Behmann-Deutschland 3,11,6; 2. Schulz-Deutschland 3,19,2.
- Frauen-Rückschwimmen 100 Meter (Entscheidung): 1. Quitschall-Deutschland 1,37,2; 2. Klein-Deutschland 1,40.
- Endspiel um die Olympia-Weißerschal in Wasserball. Deutschland-Oesterreich 6:5 (1:2) nach Verlängerung. Das Spiel wurde sehr schön durchgeführt. Mit 1:2 für Oesterreich ging es in die Pause. Dann konnte Deutschland durch Werner-Mannheim gleichziehen; es folgten noch zwei Tore auf jeder Seite, so daß Verlängerung eintreten mußte. In der 3. Minute kann dann Deutschland das siebringende Tor erzielen.

Die französische Abteilung



Die Deutschen im Stadion



Protest gegen die Erhöhung der Mietzinssteuer

Bremen, 28. Juli. (Eigener Dienst.) Gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei und den freien Gewerkschaften in Bremen, hat die Bremer Ortsgruppe des Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Deutschen Demokratischen Partei an die Reichsregierung und an den Reichstag einen Protest gegen die geplante außerordentliche Erhöhung der Mietzinssteuer gerichtet. Die Mietzinssteuer dürfte nicht zu einer Steuer gestaltet werden, die einen großen Teil des allgemeinen Staatsbedarfs decken soll, wie überhaupt eine hohe Mietzinssteuer als eine durchaus unsoziale Steuer abgelehnt werden müßte. Mit Rücksicht auf die breiten Schichten der Arbeitnehmer, die durchweg um ihre Existenz kämpfen zu ringen haben, wird dringend erlucht, von der geplanten Belastung der wertvollen Bevölkerung durch eine unerträgliche Mietzinssteuer abzusehen und die Laisten des Staatsbedarfs unter strenger Berücksichtigung der wirklichen Leistungsfähigkeit der Steuerzahler zu verteilen.

Dreifachen der Redaktion

A. S. Forstheim. Selbstverständlich darf ein praktischer Arzt die Praxis ausüben, auch wenn er nicht den Doktor-Titel hat. Hauptfrage ist das Staatsexamen; der Doktor ist ein Privatbegünstigter, das auf die Ausübung der Praxis keinen Einfluß hat.

Die Sozialdemokratie gegen die bürgerliche Steuerbrutalität

In der Montagsfraktion hielt im Auftrage der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion der Genosse Dr. Herz eine wichtige Antragsrede gegen die Steuerbrutalität der bürgerlichen Reichstagsmehrheit und der Regierung Luther-Stresemann. Die neuen Steuererlasse sind weit schlimmer in ihren unsozialen Wirkungen, als leider allgemein bekannt ist. Wir geben nachstehend den hauptsächlichsten Inhalt der Rede des Genossen Dr. Herz hier wieder:

Abg. Dr. Herz (Soz.):

Die Erklärung meines Vorgesetzten im Namen der fünf Regierungsparteien hat keinen Zweifel daran gelassen, daß auch die Regelung, die sie in 52 Sitzungen gefunden haben, nur mit schweren Bedenken betrachtet können. Unsere Bedenken sind viel stärker und ich werde das noch im Einzelnen sagen. Es war zweifellos das Bestreben des Steuerausschusses, gründliche Arbeit zu leisten und die sozialdemokratischen Mitglieder haben sich dabei nicht nur von den sachlichsten Gründen leiten lassen, sondern auch bei allen Vorschlägen neben den uns besonders anvertrauten sozialen Erwägungen die Finanzlage des Reiches, seine außenpolitischen Aufgaben und die Lage der Gesamtwirtschaft berücksichtigt. Über ein großer Teil der Beratungen hat sich nicht im Steuerausschuß, sondern in geheimen Verhandlungen abgespielt. Soweit sie der sachlichen Vorbereitung der Beschlüsse und der Verständigung mit der Regierung dienen, kann wohl kaum etwas gegen sie eingewendet werden. Sie dürfen aber nicht dazu führen, daß die parlamentarischen Instanzen zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt werden. (Sehr richtig! h. d. Soz.), und daß sich daraus ein Geheimparlamentarismus entwickelt.

Mehrheit sind Gesetzentwürfe der Regierung plötzlich durch neue Vorlagen ersetzt worden, ohne daß sie zuvor der öffentlichen Diskussion unterbreitet worden wären, ohne jede Begründung, die im Ausschusse der Vorlesung beraten werden sollten, obwohl nicht einmal Zeit genug zum Lesen der Vorlagen gegeben war.

Dadurch ist nicht nur große Mißbilligung bei allen Beteiligten entstanden. Diese Mißbilligung hat auch dazu geführt, daß die sachliche Mitarbeit der Opposition erheblich erschwert wurde. Die Folge davon sind Beschlüsse gewesen, von denen selbst der Abg. Oberhofen sagen mußte, daß sie jetzt nur durch das Ansehen einer Änderung bedürfen.

Eine der wirtschaftlichen Lage Deutschlands gerecht werdende Steuerreform hat eine doppelte Aufgabe. Erstens, den Finanzbedarf der öffentlichen Körperschaften sicherzustellen, zweitens die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, soweit das mit steuerlichen Maßnahmen möglich ist. Die Steigerung der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hat zur wichtigsten Voraussetzung die Verbesserung der Lebenshaltung der breiten Massen des Volkes, die Erhöhung der Produktivität der gesamten deutschen Volkswirtschaft und zwar durch Vermeidung aller Steuererhöhen, die die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt beeinträchtigen, u. die künstliche Hochhaltung der Preise im Innern ermöglichen. Deshalb verlangen wir zuerst, daß die Belastung des Lohnempfängers verringert wird, die Verbrauchssteuern niedriger gehalten werden und ein schneller Ausbau der Umsatzsteuer erfolgt. Der dadurch notwendige Ausgleich der Ausfälle ist durch angemessene Erhöhung der Einkommen- und Körperschaftsteuer bei großen Einkommen durch höhere Besteuerung von Vermögen und Erbschaften, durch Besteuerung der Geldverrentungsgewinne, vor allem aber durch die Senkung der Steuerermäßigung der Offenlegung der Steuerlisten und einer weitgehenden Senkung der Erbschaftsteuer zu erreichen. (Lebhaftes Zustimmung h. d. Soz.) Schon bei der ersten Beratung des Gesetzentwurfs haben wir kritisiert, daß sie auf genau den entgegengesetzten Erwägungen beruhen.

Die Vorlagen wollen nicht wie wir den Schwachen, sondern zuerst den Leistungsfähigen schonen.

(Sehr wahr h. d. Soz.) Obwohl die neuen Gesetze nach dem Wort des Staatssekretärs Hopff „relativen Einkommenswert“ haben sollen, bauen sie auf der augenblicklichen Lage eines Teiles der deutschen Wirtschaft auf. Sie lassen außer Acht, daß die Schwierigkeiten in unserer Wirtschaft nicht ein dauernder Zustand sein werden, daß ferner nur ein Teil der deutschen Wirtschaft unter Gewinnfunktionen leidet, ein anderer Teil aber eine außerordentlich starke Blüte zeigt. (Sehr wahr h. d. Soz.) Trotzdem ist nicht zu verkennen, daß ein wichtiger politischer Umkehrpunkt sich vollzogen hat, der im schroffen Gegensatz zu dem steht, was bis in die allerjüngste Zeit hinein von den Parteien der Rechten vertreten wurde. Ueber Nacht sind die verbissenen Feindschaften auf der äußersten Rechten zu begeisterten Anhängern des Einheitsstaates geworden. Eine Erklärung, wie die des Herrn Oberhofen mit so hartem Unterstreichen des Vorrangs des Reichs in der Steuererleichterung wäre noch vor wenigen Monaten völlig unmöglich gewesen. (Sehr wahr h. d. Soz. und der Bayer. Volkspartei.)

Die so heftig behandelten Grundgedanken der Erbschaftsteuerreform werden nicht nur hier aufreißt erhalten, sondern sogar noch erheblich erweitert.

Die Entwürfe bringen in dieser Beziehung sogar zwei politische Fortschritte, die der Stärkung der Zentralgewalt des Reichs und der Vereinheitlichung unseres gesamten Steuerwesens dienen. Im Reichsbewertungsgesetz wird für alle Vermögenssteuern ein einheitlicher Wertmesser geschaffen. Im Vermögensvergleich wird von den Regierungsparteien der Grundbesitz der Steuerbarkeit des Reiches so stark vertreten, daß ein steuerlicher Konflikt mit den Ländern in Aussicht liegt. Von der steuerlichen Selbständigkeit der Länder ist überhaupt nicht mehr die Rede. (Sehr richtig h. d. Soz.)

Mit diesem politischen Fortschritt ist aber ein gewaltiger sozialer Rückschritt verbunden.

Von den sozialen Erwägungen ist in dieser Steuererleichterung nichts zu finden.

(Sehr wahr h. d. Soz.) Als einziger Gesichtspunkt bleibt übrig die Begünstigung der leistungsfähigen Schichten unseres Volkes. Auch

die Steuererleichterung liefert den Beweis dafür, daß die Regierungsparteien bereit sind, alle ihre politischen Ziele preiszugeben, sofern sie materielle Vorteile für den Grundbesitz damit erlangen können.

Es war ein Augenblick günstiger für die Befreiung des sozialen Ansehens in unserer Steuererleichterung als der gegenwärtige. Wir haben das Jahr 1924 abgeschlossen mit einem Ueberschuß von 2 Milliarden Mark. (Hört, hört, h. d. Soz.) Davon kommen allein

1600 Millionen aus den Mehrerträgen der Massensteuern. (Hört, hört.) Im Durchschnitt betrug der Ertrag der Massen-

belastung 70 Prozent, anstatt der erwarteten 50 bis 55 Proz. (Hört, hört h. d. Soz.) Lohnsteuer, Umsatzsteuer, Zölle und Verbrauchssteuern sind die eigentlichen Träger unseres gesamten Steuerwesens geworden, und künstlich sollen sie noch einen weit höheren Ertrag bringen. (Hört, hört, links.) In den Monaten April bis Juni hat sogar ein Derausschnellen auf etwa 80 Proz. des Gesamtbetrages der Steuern stattgefunden. (Lebhaftes hört, hört.) Die jetzige Finanzreform wird diese Entwicklung noch verschärfen.

Bei allen Beratungen haben wir uns von der Notwendigkeit leiten lassen, den Etat des Reichs zu balancieren und eine neue Währungsreform zu verhindern. Wir unterscheiden uns darin von den Rechten, deren Verantwortungsgewissen ja noch sehr jungen Datums ist. (Lebhaftes Zustimmung links) (Unruhe rechts.)

Die Anträge der Regierungsparteien, die vor dem Eintritt in die Regierung eingebracht wurden, zeigen ein Maß von Verantwortungsbewusstsein, das den Konfuziusstempel mit den Zeichen auf der äußersten Linken mit Erlösa befehlen läßt. (Sehr wahr h. d. Soz.) Ich will hoffen, daß man künftig das Verantwortungsbewusstsein zeigt, das man jetzt von anderen verlangt. Der Finanzminister hat im Ausschusse einen Etat vorgelegt, der mit einem Defizit abschließen sollte. Ich halte keinen Abschluß für falsch und glaube, daß seine Urheber derselben Auffassung sind. Erstens sind in einigen der Anträge erhebliche Korrekturen enthalten, zum zweiten ist der Ueberschuß aus dem Jahre 1924 im neuen Etat überhaupt nicht verzeichnet. (Hört, hört h. d. Soz.) Es fehlen ferner die Einnahmen von 300 Millionen rückständiger Steuern. Die Reparationsrücklagen von einigen Millionen von Steuern und Gebühren für vierteljährliche Zahlungen schließlich enthält der neue Etat einen Betriebsfonds mit 300 Millionen, obwohl schon aus laufenden Einnahmen Betriebsmittel angesammelt wurden. Man gewinnt den Eindruck, als ob die Regierung sich von einer Tebaurieunverantwortlichkeit lösen läßt.

Ich will, daß durch Massenbelastungen so hohe Erträge erzielt werden, daß die Verschönerung auf dem Verbrauchsweg weiter gemindert werden kann,

als das auf dem Wege der Gebührengewinnung möglich ist. Es ist davon die Rede gewesen, daß bei der Steuerreform auf das Ausland Rücksicht genommen und die Verpflichtung aus dem Londoner Abkommen unbedingt erfüllt werden müsse. Früher ist ja die Rücksicht auf das Ausland als entwürdigend kritisiert worden und wenn jetzt das Gegenteil geschieht, dann wird gleichzeitig damit ein Schritt getan, den man als verhängnisvoll bezeichnen muß. In demselben Augenblick, in dem die Regierungsparteien vom Ausland fordern, daß es auf die steuerliche Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft Rücksicht nehme,

ist durch die Steuerreform der Entente freiwillig mehr an Zahlungen dargeboten worden, als uns durch das Londoner Abkommen zwangsweise auferlegt sind. (Lebhaftes hört, hört h. d. Soz.) Durch Belastung des deutschen Verbrauchers sollen wir freiwillig 500 Millionen \mathcal{M} im Jahre 1926 27 an Reparationen auf uns nehmen. (Hört, hört.) Dafür besteht keine Notwendigkeit. Das Sachverständigenkomitee führt als Voraussetzung für die Erhöhung der Verbrauchsbelastung kritisch an einen steigenden Wohlstand an, und er verlangt zweitens die Herabsetzung der Umsatzsteuer im wesentlichen Maße. Beide Voraussetzungen sind nicht erfüllt, trotzdem sollen Bier- und Tabaksteuer erhöht werden. Noch vor einem Jahre hat ein deutsches Parlament, das von einem Führer geleitet, solange keine Reparationen, solange keine Steuern, jetzt werden die Steuerlasten freiwillig erhöht, damit höhere Reparationsraten getragen werden können. Wenn es um die Besteuerung der Arbeit geht, dann ist es in späteren Jahren eine dauernde Mehrbelastung infolge des Wohlstandsindex von uns abzumachen, so ist der Beweis dafür, daß im Jahre 1932 die Voraussetzungen für die Anwendung des großen Wohlstandsindex vorliegen werden, in keiner Weise gelungen. Wäre es nicht viel zweckmäßiger, das zur Balancierung unseres Etats notwendige Mehrerträgnis an Steuern den Besitzenden aufzuerlegen, und nicht die Mehrlast an die Entente heraufzuschrauben. (Sehr wahr h. d. Soz.)

Die Reformen, die die Verschönerung in Deutschland höher ist, als in jedem anderen Lande, ist falsch. In den wichtigsten Ländern des Auslandes ist die Einkommensteuer das Rückgrat des gesamten Steuerwesens.

Dagegen ergibt sich für Deutschland die unerhörte Tatsache, daß die Einkommensteuern durch die Einkommensteuer weniger zahlen als die Lohnsteuerempfänger durch den Lohnabzug. (Hört, hört h. d. Soz.) Die Lohnsteuer erbringt bei 18 Millionen Lohnsteuerpflichtigen 1500 Millionen Mark, pro Kopf also 83 Mark. Die Einkommensteuer der Einkommenspflichtigen wird bei 7 Millionen Steuerpflichtigen von der Reichsverwaltung auf 500 Millionen geschätzt, das ergibt eine durchschnittliche Steuerbelastung von 71 Mark. (Hört, hört h. d. Soz.) Es mag großen Kreisen in der deutschen Wirtschaft schmeicheln geben, daß es aber den Selbständigen in Handel, Industrie und Landwirtschaft so schlecht geht, daß ihr Einkommen sich unter dem Niveau der Lohnsteuerpflichtigen befindet, dafür werden Sie kein Verständnis finden. Man braucht nur an die Tatsache zu denken, daß es 1907 in der Landwirtschaft 2,5 Millionen und sonst 3,5 Millionen Selbständige gab. Die Gebietsabteilungen in der Landwirtschaft hat sich durch die Gebietsabtretungen etwas gemindert, bei den übrigen Berufsgruppen ist die Zahl der Selbständigen von insgesamt 10 Millionen der Zahl der Lohnsteuerpflichtigen von insgesamt 18 Millionen Menschen kommt noch hinzu. Da diese großen Erträge nicht mehr als 500 Millionen an Einkommensteuer bringen sollen, ist nur durch die gewaltige Begünstigung durch die Gebührengewinnung und unrichtige Veranlagung der selbständigen Steuerpflichtigen zu erklären. (Sehr richtig h. d. Soz.) Auch die Vermögenssteuer wird durch diese Reform befristet, das Vermögen wird jetzt ferner nicht stärker belastet als das Arbeitseinkommen.

Was bräut nun die Steuerreform dem Volk überhaupt? Erstens bei der Einkommensteuer eine Senkung des Tarifs, den Fortfall der Vorbelastung durch die Kapitalertragssteuer, die Steuerfreiheit für Vermögenserträge bis zu 25 000 \mathcal{M} . und für einen erheblichen Teil der Spekulationsgewinne. (Hört, hört h. d. Soz.)

Zweitens bei der Körperschaftsteuer den Fortfall des Zuschlages von 15 Prozent und die Steuerfreiheit für nicht ausschüttete Gewinne. Drittens wird bei der Vermögenssteuer der Tarif erheblich ermäßigt. (Hört, hört.)

Der Notopferzuschlag, den die Kleinen bezahlt haben, wird für die Großen aufgehoben. Viertens wird bei der Erbschaftsteuer der Tarif ebenfalls teilweise ermäßigt, die Besteuerung des Gattenerbes unterbleibt. Die Stundungen für den landwirtschaftlichen Besitz bleiben erhalten, eine Nachlaststeuer wird nicht erhoben.

Fünftens werden die Kapitalverkehrssteuern erheblich herabgesetzt, sechstens die Vermögenswachstumssteuer bis 1928 außer Kraft gesetzt, ferner unterbleibt die Besteuerung der Zinnsatzgewinne vollständig.

Dagegen wird dem bebauten Grundbesitz durch die Mietsteigerung und dem für 1928 versprochenen Fortfall der Hauszinssteuer ein gewaltiger Vermögenszuwachs in Aussicht gestellt.

Lebhaftig in zwei Fragen sind sachliche Zustände, die die Sozialdemokratie erregt, das ist so gering, daß eine wirtschaftliche Entlastung davon kaum zu erwarten ist. Bei der Lohnsteuer soll das System der prozentualen Ermäßigungen durch feste Abschläge ermäßigt werden. Im Prinzip ist das ein Fortschritt, in der Praxis wird sich für einen großen Teil der Lohn- und Gehaltsempfänger eine Erhöhung der Lohnsteuer ergeben.

Diese Beschlüsse sind deshalb für uns unannehmbar.

Angehts des steigenden Ertrages der Lohnsteuer, der neuen Belastungen durch Zölle und Verbrauchssteuern, müssen sowohl das Existenzminimum wie auch die sozialen Ermäßigungen weitgehend erhöht werden. Die jetzige Regelung der Steuererlässe muß von den Lohn- und Gehaltsempfängern als eine Ausnahmemaßnahme empfunden werden. (Sehr wahr h. d. Soz.) Für den Geist der ganzen Steuerreform ist kennzeichnend, daß der Branntwein außerordentlich stark geschont wird, man hört auch nichts davon, daß der Mißwirtschaft, die durch den Einfluß der Interessenten im Branntweinmonopol hervorgerufen wird, zu Leibe gegangen wird.

Die stärkste Belastung des Arbeitseinkommens wird aber die künftige Gestaltung der Mietssteuer darstellen. Der Wohnungsausschuß hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß eine Heranziehung der Mietssteuer zu fiskalischen Zwecken unterbleiben soll, der Steuerausschuß hat das Gegenteil beschlossen.

In noch härteren Maße als bisher will er den lebenden Finanzbedarf von Reich, Ländern und Gemeinden durch Belastung der Mietssteuer gewinnen.

1924 war der Gesamtbeitrag der Hauszinssteuer 982 Millionen, künftige soll die Last, die auf der Mietssteuer, 2 1/2 Milliarden Mark betragen,

also fast das Dreifache (Hört, hört h. d. Soz.) Rechnet man den erhöhten Anteil der Hausbesitzer an der Mietssteuer, dann muß man mit einer neuen Belastung der Wirtschaft von mehr als 3 1/2 Milliarden allein aus dieser Steuererlässe rechnen. Was das bedeutet, zeigt ein Vergleich mit den anderen Steuererlässen. 1 1/2 Milliarden Mietssteuer ist höher als der Ertrag der gesamten Lohnsteuer für 21 Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger, ist ebenso hoch wie der Gesamtbeitrag der Umsatzsteuer, ist dreimal so hoch wie das Gesamtergebnis der Einkommensteuer bei allen Veranlagungspflichtigen, ist viermal so hoch wie der gesamte Ertrag der gesamten Vermögenssteuern. (Hört, hört h. d. Soz.) Schärfer kann die soziale Wirkung einer solchen Steuererleichterung wohl nicht gekennzeichnet werden.

Die jetzt drohende Belastung wird zum größten Teil auf den Besitzern kleiner Einkommen und auf den kinderreichen Familien ruhen. Die Beschlüsse bedeuten ferner, daß die Mietssteuererlässe in die Höhe gehoben, es ist keinerlei Gegenmaßnahme für die Mietssteuer nach oben und für den Anteil vorgegeben, den der Hausbesitzer an der Mietssteuer erhält.

Die sprunghafte Erhöhung der Mietssteuer ist zugleich mit erheblichen Gefahren für die Erhaltung des Mieterstandes verbunden und darin ist eine der größten Gefahren für die ganze deutsche Volkswirtschaft zu erblicken.

(Zustimmung h. d. Soz.) Die Lohn- und Gehaltsempfänger, die Renteneinkommen, die kleinen Sparer, werden nach dieser Steuerreform größere Lasten als bisher zu tragen haben, verbessert wird lediglich das Los der Hausbesitzer. Wenn zu diesen neuen Lasten für die Arbeitseinkommen und Verbrauch noch die Belastung durch die Zölle hinzutritt, dann muß sich eine so starke Steigerung der Lebenshaltungskosten vollziehen, daß die Gefahr der Erschwerung unseres Exports sehr nahe liegt. Wenn dann Massenarbeitslosigkeit und Verknüpfung der Lebenshaltung die Folge sein wird, dann werden Sie (nach rechts) das allein zu verantworten haben. (Sehr richtig h. d. Soz.)

Im Januar erklärte die Regierung, daß die kinderreichen Familien besonders geschützt werden sollten. Das ist durch diese Steuerreform nicht geschehen, im Gegenteil, werden gerade die kinderreichen Familien in viel härteren Maße belastet werden, als sie jemals in den letzten Jahren der Republik waren. Die Sozialdemokratie wird jetzt durch Anträge im Plenar den Versuch machen, die Lohnsteuer erheblich zu ermäßigen, der Besteuerung der Lebensmittel durch ihre Verrechnung von der Umsatzsteuer entzogen zu werden. Wir verlangen Erleichterungen für die freien Berufe, für den gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand. Soweit Ausfälle entstehen, ist durch Erhöhung der Steuern für große Einkommen und Vermögen für Deduktion zu sorgen. Wir verlangen weiter die Besteuerung der Inflationsgewinne, obligatorische Buchprüfungen und Offenlegung der Steuerlisten. Bei den Beratungen im Reichsrat hat die bayerische Regierung am 22. April erklärt, die Gestaltung der Tarife bei den Einkommen- und Vermögenssteuern habe die Grundzüge sozialer Gerechtigkeit verliert, aussteuern habe die Grundzüge sozialer Gerechtigkeit verliert, sie lehne das Gesetz nur deshalb nicht ab, weil sie die Hoffnung habe, daß der Reichstag die notwendigen Änderungen vornehmen werde. Diese Hoffnung ist nicht in Erfüllung gegangen. Bei der Lohnsteuer, bei der Mietssteuer, bei den Verbrauchsteuern sind Reichsberatungen eingetreten, von denen damals die bayerische Regierung ebensowenig Kenntnis gehabt hat, wie wir. Ein Steuerreform, das mehr als vier Fünftel aller Lasten den Besitzlosen und enteigneten Schichten des Volkes auferlegt, wird dauernden heftigen Widerstand aller leistungsfähigen Kreise hervorrufen. Die Sozialdemokratie hat alles getan, um ein solches Steuerreform zu verhindern. Aber sie hat die Pflicht des Regierungsbüros nach Schonung des Kapitalbesitzes, nach Verringerung der Steuerbelastung der großen Einkommen und stärkere Belastung des Arbeitseinkommens nicht verhindern können. Wir lehnen deshalb für dieses Gesetzgebungsstück jede Verantwortung ab. Es läßt die Befürchtung vor rein kapitalistischen Erwägungen. Es läßt die Befürchtung vor rein kapitalistischen Erwägungen. Es zeigt, daß der jetzige Regierungsbüro nur das eine Ziel kennt, den Mißbrauch der politischen Macht zur Begünstigung des Großbesitzes. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Unterhaltung und Belehrung

Pelle der Eroberer

Von Martin Andersen Nexø

70

Nachdruck verboten.

(Fortsetzung)

Pelle drehte halbwegs, was er gesagt hatte. „Ich sitz' dich auf der ersten Bank“, sagte er, um sich zu reinigen. „Da, das weiß ich recht gut, aber darum brauchst du die Hände nicht in die Hosentaschen zu stecken — denn während du dich verschaukelst, essen die anderen die Grütze. Du hast woll' nichts verlernt in den langen Weihnachtsferien?“ „Nein, bewahre!“ sagte Pelle selbstbewußt. „Lasse zweifelte auch gar nicht daran, sondern tat nur so, um den Jungen zu veranlassen, ins Gefährt zu gehen. Er wußte nichts Besseres, als die Gelehrsamkeit mit vollem Wind dabinbrausen zu hören, aber es wurde immer schwerer und schwerer, den Jungen zu veranlassen, daß er sich äußerte. „Kannst du nu auch ganz sicher sein?“ fuhr er fort. „So es nich' am besten, mal nachzugehen? Es is so beruhigend, zu wissen, daß dir nichts weggekommen is — so viel wie du im Kopf haben mußt.“

Pelle fühlte sich geschmeichelt und ergab sich. Er streckte beide Beine von sich, schloß die Augen und fing an, sich mechanisch hin und her zu wiegen. Und die zehn Gebote Gottes vom Berge Sinai, die Patriarchen, die Richter, Joseph und seine Brüder, die vier großen und die zwölf kleinen Propheten — die Gelehrsamkeit der ganzen Welt wirbelte in einem langen Atemzug von seinen Lippen. Vater Lasse war es, als drehe sich das ganze Weltall leuchtend um Gottes des Vaters Antlitz mit dem mächtigen weißen Bart. Er mußte den Kopf beugen und sich betrostigen. Nein, was da doch alles hinter der Kinderstirn des Jungen Platz hatte!

„Ich möcht' woll' wissen, was es kostet, den studierten Weg zu gehen!“ sagte Lasse, als er wieder Boden unter sich fühlte. „Das is woll' sehr teuer — tausend Kronen allerwenigstens!“ meinte Pelle. Keiner von beiden verband etwas Bestimmtes mit der Zahl — sie bedeutete nur das unüberwindbare Große.

Sollte es so schrecklich teuer sein?“ sagte Lasse. „Ich denk' darüber nach, wenn wir nur unsern eigenen Grund und Boden kriegen — es muß ja doch mal was werden — könnt' du denn nich' bei Tris geben und ihm das Handweck ablernen, gegen eine anständige Besoldung, und zu Hause essen und trinken? Dann joll' man das doch woll' können!“

Pelle antwortete nicht. Er spürte kein Verlangen, bei dem Küster in die Lehre zu kommen. Er hatte sein Messer herausgezogen und stand nu da und schnitzte an etwas in dem Adressen eines der Ständer. Es stellte einen großen Eiter vor, der den Kopf zur Erde senkte und dem die Zunge aus dem einen Mundwinkel heraushing. Eine Klause hoch oben am Maul bedeutete, daß das Tier die Erde sonnenbrannt aufstampfte. Lasse mußte stehen bleiben, denn nun fing es an, nach etwas auszuatmen. „Das joll' woll' ein Stück Vieh sein?“ fragte er. Er hatte sich jeden Tag den Kopf darüber zerbrochen, während es so allmählich entstanden war.

„Das is Wolmer, damals, als er dich auf die Hörner spitzte“, sagte Pelle.

Lasse konnte nicht sehen, daß es die Begebenheit vorstellen sollte, jetzt, wo es ihm erzählt wurde. „Es is merkwürdig, wie naturgetreu es is“, sagte er, „aber so schraubend wütig, wie du ihm gemacht hast, war er nu doch nich'! Ja, ja, nu woll' wir lieber sein, daß wir unsere Arbeit fertig schaffen. Das da kann doch seinen Mann nich' ernähren!“ Lasse hatte nichts übrig für die Leidenschaften des Jungen, überall Zeichnungen mit Kreide oder mit dem Taschenmesser anzubringen. Da war kaum mehr ein Balken oder eine Wand, die nicht Spuren von ihm trug. Das waren brotlose Katzenstreiche, und der Gutsbesitzer konnte vielleicht böse werden, wenn er in den Stall kam und es zufällig sah. Lasse mußte auf Aufbühner über die am meisten in die Augen fallenden Zeichnungen schreien, damit sie nicht von dem Unrecht bemerkt wurden.

Da oben besah sich gerade Kongstrup am Arm seiner Frau ins Haus zurück. Er war blaß, sah aber wohlgenährt aus. „Mit dem Gehen will es noch nich' wieder so recht!“ sagte Lasse und sah ihm nach. „Über es wärd' nich' lange, dann haben wir ihn wieder hier unten. Dabei is es nich' ratsam, daß du den Pfosten ganz runternierst.“

Pelle fuhr fort, Holzmasse herauszuböhlen.

„Hörst du mir nich' auf mit der Spielerei, denn schmier ich das Ganze mit Kuhdünger über!“ sagte Lasse ernstlich.

Denn zeichne ich dich und Madam Olsen auf dem großen Tor ab!“ sagte Pelle neckisch.

„Ja, — du — du — das soll'it du bloß versuchen! Ich joll' dich woll' aus meinen Augen verbannen und den Paster bereben, daß er dich abweist, wenn du damit abkämst!“ Lasse war ganz außer sich. Er lief an das andere Ende des Kuhstalles und fing mit dem Nachmittagsasusmitten an, schlug und zerte mit den Gerüststücken. Dann stand er da und stockerte darin herum. Er hatte in seinem Born zuviel auf die Schuttlare geladen und konnte nu weder rückwärts noch vorwärts kommen.

Pelle näherte sich ihm mit seinem sanftesten Gesicht. „Soll' ich dir die Karre nich' rausfahren?“ sagte er, „deine Holzschuhe stehen nich' so fest auf dem Steinpflaster.“

Lasse brummte etwas vor sich hin und ließ ihn herankommen. Eine kleine Weile schmolte er, aber das war nicht durchzuführen, der Sunag hatte eine verteuerten Sumor, wenn er nur wollte.

XXI.

Pelle war beim Pastor gewesen. Jetzt sah er unten in der Gefährde und verschlang sein Mittagessen: gefochten Hering und Grütze. Es war Samstag und der Berwaller war zur Stadt gefahren, deswegen sah Erik hier unten in der Wärme. Er sagte nie etwas von selbst, hatte aber eine eigene Art zu glöben. Seine Augen folgten Pelles Bewegungen hin und her zwischen Mund und Teller. Die Augenbrauen saar er beständig in die Höhe, als sei ihm alles neu — sie waren neben daran, ihre Form vollständig zu verlieren. Vor ihm stand der Trinkkrug in einem großen See. Er trank von Zeit zu Zeit und verschüttete jedesmal etwas.

Die blonde Marie stand an der Abwasche. Jeden Augenblick audia sie herbei, um zu sehen, ob Pelle nicht bald fertig war. Als er den Dornlöffel abzetzte und in die Schublade warf, kam sie mit etwas auf einem Teller herein — sie hatten oben zu Tisch Rippenbraten gehabt.

„Hier is ein kleiner Mund voll für dich — du bist gewiß noch hungrig“, sagte sie. „Was frieg ich nu dafür?“ Sie hielt den Teller in der Hand und stand da und lächelte ihn an.

Pelle war noch sehr hungrig — einen tümlichen Heißhunger hatte er. Er saß da und sah den ledernen Bissen an, bis ihm das Wasser im Munde zusammenfloss. Dann hielt er pflichtschuldigst den Mund hin, und Marie küßte ihn. Sie sah unwillkürlich verflohen zu Erik hinüber. Es duldete ein Schimmer von etwas über sein dummes Gesicht — wie eine ferne Erinnerung.

„Da sitzt der große Kerl und schlabbert!“ sagte sie scheltend und rief ihm den Krug weg. Sie hielt ihn unter die Tischplatte und strich das tümliche Bier mit der Hand wieder hinein. Pelle hieb in das Stück Rippenbraten ein und leckte sich an nichts weiter. Aber sobald sie hinaus war, jpte er nachdrücklich zwischen seine Beine und nahm eine kleine Reinigung mit dem Ferkel seiner Bluse vor.

Dann ging er in den Stall und reinigte Krippen. Lasse striegelte Kühe. Es sollte ein tümliches aussehen am Sonntag. Während der Arbeit erspähte Pelle ausföhrlich die Erscheinung des Tages und wiederholte alles, was der Pastor gesagt hatte. Lasse hörte aufmerksam zu und kam mit kleinen Ausrufen: „Ach ja!“ — Das is doch des Teufels! — So 'n Bod is David gewesen, und doch wandelte er vor dem Antlitz des Herrn! Ja, Gottes Langmut is groß — das is sicher und gewiß!“

(Fortsetzung folgt.)

Fortschritte der Frauenbewegung

Das englische Herrenhaus hat die Zulassung weiblicher Mitglieder bei der letzten Abstimmung neuerdings abgelehnt. Es fehlten aber nur zwei Stimmen, um den Antrag Lord Astors (dessen Frau bekanntlich das erste weibliche Mitglied des Unterhauses ist) durchzuführen. Daher wird angenommen, daß bei der bevorstehenden großen Reform des Herrenhauses auch die Zulassung der Frauen sich durchsetzt, so daß demnächst in das „House of Lords“ auch „Ladies“ ihren Einzug halten.

Dem englischen Parlament liegt zurzeit eine Ehe reform vor. Nach gegenwärtigem Recht sind die englischen Frauen noch weit von echter Gleichberechtigung beider Geschlechter entfernt, besonders auch hinsichtlich der Ehecheidung. Die Ehecheidung ist der Frau selbst im Falle von Ehebruch des Mannes außerordentlich erschwert.

Von besonderer Bedeutung für die weitesten Kreise des englischen Proletariats ist eine Gesetzesvorlage über Staatszuschüsse für Witwen, Waisen, Waisen und Altersrenten. Eine große Trauenerfahrungen hat zu dieser Vorlage folgende Wünsche dem Parlament vorgelegt: 1. Frauen, die sich verheiraten, müssen, wenn sie längere Zeit verheiratet waren, entweder freiwillig weiter Mitglieder bleiben oder einen Teil ihrer Beiträge zurückhalten; 2. die unverheiratete Arbeiterin, die vor Beginn der Altersrente (65 Jahre) teilweise oder ganz arbeitsunfähig wird, muß in ihrer Verjüngung der Witwe gleichgestellt werden; 3. ausgeschiedenen von der Witwenversicherung sollen jüngere, kinderlose Witwen werden, wenn die Ehe zur Zeit des Todes des Mannes weniger als fünf Jahre bestand. Es soll damit verbündet werden, daß minderwertige weibliche Elemente absichtlich schwerertrante Männer heiraten, um in den Genuss der Witwenrenten zu gelangen.

Den ersten weiblichen Effektenmatter in Großbritannien hat nun Irland aufzuweisen. Miss Mary Keogh, Tochter eines Wollers, hat als erste ihre Tätigkeit an der Spitze in Dublin aufgenommen. Als dritte weibliche Abgeordnete für das Australische Parlament ist Miss Preston in Australien von New-Süd-Wales gewählt worden. Die Vereinigten Staaten haben neben Miss Lucille Alexander, die als erste Frau im diplomatischen Dienst an der Amerikanischen Botschaft in Bern tätig ist, noch eine andere Frau, Miss Fatti Field, zu den diplomatischen Prüfungen zugelassen. Miss Field hat die Prüfungen bestanden und ist nunmehr im Staatsdepartement in Washington tätig.

In Italien haben sich Schwierigkeiten bei der Ratifikation des Romünalen Frauenwahlrechts durch den Senat ergeben. Er will die Frauen, die nicht lesen und schreiben können, vom Wahlrecht ausschließen. Da aber die zahlreichen männlichen Analphabeten Italiens auch das politische Wahlrecht haben, war eine solche Beschränkung der Frauen nicht durchführbar. Dank seiner vernachlässigten Volksbildung ist Italien, dieses alte europäische Kulturland, einer der wenigen modernen Staaten, der noch eine ungeheure Zahl von Analphabeten aufweist.

In Ungarn sind bei den letzten Gemeindevahlen vier Frauen auf der fortschrittlichen und zwei auf der konservativen Liste gewählt worden. Unter den Frauen auf der fortschrittlichen Liste befindet sich das einzige weibliche Parlamentsmitglied, die Sozialdemokratin Anna Kéty. Im ungarischen Parlament ist eine außerordentlich reaktionäre Frauenstimmrechtsvorlage eingebracht worden. Sie knüpft das Frauenstimmrecht an ein höheres Alter als das der Männer, an eine bestimmte Vorbildung und unter bestimmten Umständen bei verheirateten Frauen an die Kinderzahl. Die Opposition wandte sich lebhaft dagegen, daß Mütter von drei Kindern ihr Stimmrecht verlieren sollten, wenn inzwischen eins der Kinder verstorben war.

In Frankreich haben auf einem Konvent in Grenoble bürgerliche und sozialdemokratische Frauen und Männer einstimmig die volle Gleichberechtigung für das weibliche Geschlecht verlangt.

China, auf das jetzt alle Augen gerichtet sind, hat seit der Abschaffung der Monarchie, also seit dem Jahre 1912, den dabin völlig unterdrückten Frauen weitgehende Rechte eingeräumt. Die Chinesinnen, bis dahin ständig unter der Herrschaft des Vaters, des Gatten, des Schwagers stehend, nahmen lebendige Anteil an der Revolution. Seit 1920 ist die Zwangsbeschäftigung frei miteinander verleben und an den Universitäten gesellschaftlich frei miteinander verleben und an den Universitäten frei studieren in großer Zahl zugelassen, die sich auch am politischen Freiheitskampf, den die akademische Jugend führt, beteiligen.

Die indische Frauenbewegung

Ein starkes Verlangen nach mehr Freiheit und größeren Rechten geht durch die ganze Frauenwelt Indiens, und diese Bewegung hat bereits bedeutende Erfolge gezeitigt. Eine eingehende Darstellung der indischen Frauenemanzipation gibt S. Page, der Herausgeber des in Bombay erscheinenden angloindischen Blattes „Advocate of India“. Die indischen Frauen haben es leichter als ihre Schwestern in den anderen asiatischen Ländern, weil ihr Kampf auf keinen Widerstand bei den Männern stößt. Die indische Ueberlieferung läßt den Frauen freien Zutritt zu jeder Stellung, der sie sich gewachsen fühlen, und in der indischen Geschichte haben schon verschiedene Frauen eine wichtige Rolle gespielt. Gegenwärtig stehen alle politischen Vereine den Frauen offen, und die Männer unterliegen sie in ihrem Gleichberechtigungskampfe. Die Hindernisse liegen also mehr in ihrer eigenen Schüchternheit und in den Verhältnissen. Die bisherige Abgeschlossenheit der Frauen und hauptsächlich die Kinderheiraten haben die Frau vom öffentlichen Leben ferngehalten. Der Prozentsatz gebildeter Frauen ist besonders unter den Mohammedanern sehr gering. Ein Mädchen, das im Alter von 12 Jahren an einen viel älteren Mann verheiratet wird, kann nur als Kind behandelt werden. Selbst wenn sie Mutter wird, bleibt sie doch noch von ihrem Manne abhängig, und in der Zurückgezogenheit des Familienlebens. Wenn aber ihre Ehen heiraten und ihre Frauen unter die Obhut der Mutter stellen, dann erlangt die indische Matrone einen sehr bedeutenden Einfluß und die Rolle, die sie als Schwiegermutter spielt, beweist, daß die frühen Heiraten in erster Linie für die untergeordnete Stellung der indischen Frau verantwortlich sind. Denn die Männer begegnen der älteren Frau mit großer Achtung. Die gebildeten indischen Frauen, die die neue Bewegung leiten, verwenden alle ihre Kräfte darauf, ihrem Geschlecht eine bessere Erziehung zuteil werden zu lassen, denn sie wissen, daß Kenntnisse die beste Grundlage sind, um einen Platz im öffentlichen Leben auszufüllen. Die Männer, die für ihre Freiheiten den Engländern gegenüber kämpfen, unterstützen die Bestrebungen der Frauen nachdrücklich. In der Stadtverwaltung von Bombay und Madras haben die Frauen bereits das Recht, Komittees zu bilden, und die gesetzgebende Körperschaft von Madras hat ihnen das volle Stimmrecht bei den Wahlen zugesprochen. Das politische Stimmrecht besitzen die Frauen auch in den Staaten von Travancore, Cochin und Katalwa, im Staate Cochin können die Frauen auch in die gesetzgebende Körperschaft gewählt werden. Ein Beweis für den Fortschritt der Frauenbewegung in Indien ist die Tatsache, daß eine Frau bereits Bürgermeister von Andore ist. Mit der Ausdehnung des Frauenstimmrechts und der Ausbreitung der weiblichen Bildung wird die Stellung der Frau in Indien immer stärker werden und damit ein Muster für alle anderen asiatischen Staaten dienen.

Diplomierte Hausfrauen. Ein großer Teil der englischen Kolonien und Dominions leidet unter ausgeprägtem Frauenmangel. Infolgedessen wird im Mutterlande seit einigen Jahren eine großzügige Auswanderung von heiratsfähigen Frauen gefördert. Diese sollen fern von der Heimat aber auch gute Hausfrauen sein. Die Gesellschaft für Ueberführung britischer Frauen hält in London einen Kurkurs ab, der mit einer rechtlichen Prüfung und endigen soll. Geprüft werden Köchen, und zwar sowohl das gewöhnliche Hausmannsloß wie die Zubereitung eines gehobeneren Küche nebst Kuchen und Brotbackerei. Auch Waschen ist als Prüfungsfach vorgesehen. Bei der Prüfung in allgemeiner Hausarbeit sollen auch die verschiedensten handwerklichen Fertigkeiten von der Kandidatin beherrscht werden. Die Prüfung wird hierin sogar mehrere Tage in Anspruch nehmen. Wer die Prüfung bestanden hat, erhält ein Diplom, darüber hinaus aber auch die Aussicht auf einen Mann; denn der Prüfungsausschuss ist vorzugsweise auch eine Vermittlung über See angegliedert.

Die pensionierte Geklebte. Ein interessantes Urteil wurde von einem Gericht höchster Instanz in Sowjetrußland gefällt. Ein Ingenieur, der bei der Eisenbahn tödlich verunglückt war, lebte von seiner Frau getrennt zusammen mit einer Geliebten. Beide erhoben Anspruch auf Pension. Beider Anspruch wurde anerkannt. Die Pension von 150 Rubel wurde zwischen beiden Frauen verteilt. Das höchste Gericht billigte der Geliebten die Pension jedoch nur noch für die Zeit ihres Besuches der höheren Schule an, während das erfindungsreiche Urteil sie bis zur Verheiratung pensionsberechtigt erklärt hatte.

Eine Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit wird, wie Dr. Alice Salomon im „Berliner Tageblatt“ mitteilt, im Herbst in Berlin besondere Lehrstühle für Frauen eröffnen. Diese Akademie will und kann, so heißt es, den Frauen die Unversität nicht ersetzen. Wohl aber sollen bestimmte Aufgaben, die den Frauen besonders nabeliegen, in einem bestimmten Geist und in einer besonderen Form der Behandlung gepflegt werden. Inwieweit, Pädagogik, Psychologie, die Sozialwissenschaften sollen so betrieben werden, daß sie im Hinblick auf die praktische Arbeit, aber mit wissenschaftlichen Methoden durchgearbeitet werden. Die Akademie wendet sich nicht an die mittleren Leistungen hinausstreben, weiterzubilden, ihnen zu höherem Aufstieg wie zu einem tieferen Eingeben in den geistigen Grundlagen ihres Berufes helfen.

Bücherchau

„Die Frau und ihr Haus“, Zeitschrift für Kleidung, Wohnung, Wirtschaft, Körperpflege, Erziehung, Volkswirtschaft, Herausgegeben von der Werkstätte für Deutsche Frauenkultur, Köln. Verlag: G. Braun, G. m. b. H., Karlsruhe i. B. Erscheint monatlich einmal. Bezugspreis halbjährlich (6 Hefen) 3 M., jährlich (12 Hefen) 5 M., Einzelheft 60 P., Heft 10 (Zusatz) 5. Jahrgang 1924/25. — Außer den wertvollen „Kleiner Hilfen für die Hausfrau“ kann jede Frau noch sehr viel aus der reichhaltigen Zeitschrift lernen. Da gibt es im neuen Heft „Kleiderkunst“, Anleitung zur Anfertigung eines Bademantels und eines Badeanzugs, Kinderleidchen aus Weidenwand und Spielanlässe. Der Aufsatz „Kleiderarbeiten“ zeigt einen neuen werden kann, das überall fehlt, kann man ebenfalls aus dem Heft erfahren. Hervorgehoben seien noch die Aufsätze „Werden und Wollen der Jugendbewegung“, „Die Arbeitsdienstpflicht in Bulgarien“, „Mutter und heranwachsende Jugend“, „Anna die Dietrich“, „Wie sollen wir uns zur Domestikation stellen?“, „Gebenlernen der Kinder“, „Das Volkswohlstandswesen im West und Ost“ usw.

Deutscher Reichstag

Vizepräsident Bell eröffnet die Sitzung um 1 1/2 Uhr und teilt dem Hause mit, daß der Vorkonferenzrat seinen erst seine Beratungen über die Geschäftsfrage des Hauses abgeschlossen habe und daher der Wunsch entstanden sei, die Beratung um eine halbe Stunde auszuschieben. Das Haus schließt sich diesem Wunsch an.

Gegen 2 Uhr eröffnet Vizepräsident Bell die Sitzung. Er teilt dem Hause mit, daß der Vorkonferenzrat übereingekommen sei, jeweils einige Paragraphen zur Beratung zusammenzusetzen und die Redeszeit für diese zusammengefaßten Paragraphen auf 20 Minuten zu bemessen. Lediglich für die Wohnsteuerparagrafen soll die Redeszeit 30 Minuten betragen. Die Bestimmungen sollen immer nach Beendigung der Beratung einer Paragrafengruppe stattfinden.

Das Haus wendet sich dann der Beratung der §§ 2 bis 5 des Einkommensteuergesetzes zu, die die Steuerträger bezeichnen und die steuerbaren Einkünfte aufzählen. Das Haus stimmt diesem Gesetze zu.

Zu den §§ 6-14, die die zur Einkommensteuer herangezogenen Einkünfte behandeln, beantragt

Abg. Dr. Fischer (D.) im § 14 zu sagen: Die aufgrund der Personalabgabenverordnung bezahlten Abfindungssummen unterliegen der Einkommensteuer nicht. Der Redner beantragt weiter, daß den im Ausland tätigen Deutschen, die ihren Wohnsitz in Deutschland behalten, die im Ausland bezahlte Steuer auf die deutsche Einkommensteuer angerechnet werde. Der Antrag Dr. Fischer (D.) wird abgelehnt. Die §§ 6 bis 14 werden unverändert angenommen.

Bei der gemeinsamen Beratung der §§ 15-16 werden die sozialdemokratischen und kommunistischen Änderungsanträge abgelehnt und die §§ 15-16 unverändert angenommen.

§ 17 behandelt die abzugsfähigen Sonderleistungen. Unter Abhebung der Änderungsanträge wird § 17 in der Ausschussfassung angenommen. Ebenso werden unverändert angenommen die §§ 18 bis 29.

Abg. Dr. Fischer (Dem.) beantragt die Einfügung eines § 29a, wonach bei Gewerbetreibenden, die Handelsbücher führen, der zu versteuernde Gewinn, der nach dem Durchschnitt der letzten Wirtschaftsjahre berechnet werden soll.

Abg. Dr. Herz (Sos.) bezeichnet es als einen Beweis der Verantwortungslosigkeit der Regierungsparteien, daß auch Abg. Reinath von der deutschen Volkspartei den gleichen Antrag eingebracht habe. Wenn so ein prinzipieller Unterschied zwischen Sozialdemokraten und Sozialdemokraten gemacht werde, dann werde auch die Sozialdemokratie für die vollständige Beseitigung der Lohnsteuer kämpfen.

Abg. Neubauer (Komm.) äußert, der Antrag Reinath sei nur gestellt worden, damit die Deutsche Volkspartei bei der nächsten Wahl nicht die Korruptionsgebehr der Industrie verliere. (Unruhe und Protestrufe rechts.) Es ist doch nicht zu bestreiten, daß die Deutsche Volkspartei der Industrie für einen großen Betrag das Mandat des Abg. Hugo verkauft hat. (Unruhe rechts.)

Die Unruhe fliehet sich. Abg. Winnefeld (Dp.) macht dem Redner erste Zumutungen. Von den Kommunisten wird Winnefeld zugerufen: Salts Maul, du Dickfress, du Kommerprolet!

Im Hause bilden sich erregte Gruppen. Vizepräsident Dr. Bell schließt schließlich Ruhe durch die Androhung der schärfsten geschäftsordnungsmäßigen Maßnahmen.

Die gleichlautenden Anträge Dr. Fischer (Dem.) und Reinath (Dp.) werden darauf gegen die Stimmen der Volkspartei und der Demokraten abgelehnt.

Die Paragraphen 30 und 31 werden unverändert angenommen. Paragraph 32 der Regierungsvorlage wollte die Besteuerung bei der Veräußerung eines Gewerbebetriebes dann streifen lassen, wenn der Veräußerungsgewinn den Betrag von 5000 Goldmark übersteigt. Der Ausschuss hat die Grenze für die Steuerfreiheit bis zu 25000 M. erhöht. Die Sozialdemokraten beantragen die Wiederherstellung der in der Regierungsvorlage vorgesehenen Grenze von 5000 M. Die Kommunisten haben dazu namentliche Abstimmung beantragt, die um 7 Uhr abends stattfinden soll.

Beim Paragrafen 34 wird ein Antrag der Sozialdemokraten und Kommunisten, der durch eine andere Fassung steuerlicher Bestimmungen in den inländischen Zweigstellen eines ausländischen Unternehmens verhindern will, im Zusammenhang mit 241 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Die Kommunisten und die meisten Sozialdemokraten haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt. § 34 wird unverändert angenommen.

Um 7 Uhr wird darauf namentlich abgestimmt über den Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage im § 32, auf Begrenzung des steuerfreien Veräußerungsgewinns auf 5000 M. statt 25000 M.

Bei Beginn der Abstimmung ruff Abg. Höllein (Komm.): Rechten stimmen rot (nein), alle anderen weiß (ja).

Die Sozialdemokraten, Kommunisten und Württembergern stimmen für den Antrag, die Zentrumspartei und die Württembergern stimmen für die Abstimmung. Der Antrag wird mit 162 gegen 159 Stimmen bei 78 Enthaltungen abgelehnt.

Bei § 37, der den Begriff des Kapitalvermögens definiert, beantragt Abg. Schneider-Berlin (D.) einen Antrag, der das Kapitalvermögen steuerfrei lassen will, sowie Zinsen auf Kreditanstellungen jeder Art aus Sparkassen, Banken und anderen Kreditanstalten, soweit sie bei einem Gesamteinkommen von weniger als 8000 M. jährlich den Betrag von 300 M. nicht übersteigen. Die Kompromißvorlage lautet in diesem Falle keine Grenze für eine Steuerbefreiung. Der demokratische Antrag wird gegen die Stimmen der Zentrumspartei abgelehnt und die Bestimmungen der Vorlage angenommen.

Es folgt die Besprechung der §§ 41 ufw., die die Leistungsleistungen aufzählen.

Abg. Höllein (Komm.), der das Wort hierzu erhält, wird mit Zurufen von der Rechten empfangen und antwortet darauf, der Präsident habe ihn zur Sache.

Abg. Höllein (Komm.): Dann sagen Sie erst einmal die Rechten (nach rechts), daß sie ruhig sein sollen.

Der Präsident ruff den Abg. Höllein zur Ordnung, der daraufhin einigen Abg. der Rechten zuruft: Gucken Sie in den Spiegel, dann werden Sie an Danton erinnert. (Geisterlichkeit.)

Dann begründet der Redner einen Antrag, der die Freiheitsgewinne eines Betrages von 500 M. bei der Besteuerung von Wirt. Der kommunistische Antrag wird abgelehnt.

§ 49 befaßt, daß auch der Verbrauch anstelle des Einkommen für Besteuerung zugrunde gelegt werden kann, wenn das Einkommen eines unbefristet Steuerpflichtigen in einem offenen oder verdeckten Verstecknis zu seinem Verbrauch steht. Unter Abhebung aller Änderungsanträge wird diese Fassung angenommen.

Um 9.30 Uhr beantragte Abg. Köhnen (Komm.) die Vertagung des Hauses.

Mit den Stimmen der Linken und eines Teiles des Zentrums wurde dieser Antrag angenommen. Das Haus vertagt am Mittwoch 1 Uhr nachmittags. Weiterberatung.

Badischer Landtag

40. Sitzung

Das Gebäude Sondersteuer-Gesetz vor dem Landtag. Der Kompromißantrag der Koalitionsparteien angenommen. — Beratung des Nachtrags zum Staatsvoranschlag h.w. Karlsruhe, 28. Juli.

Unter der ungemein großen Zahl Eingänge befindet sich eine ganze Reihe Eingaben badischer Städte und Gemeinden, fallen, und in denen so recht die Sorgen der Gemeinden um die Verfertigung des Gleichgewichts in ihren Voranschlägen zum Ausdruck kommt.

Ueber den Entwurf eines Gesetzes über die Veränderung des Gebietes über die Polizeiverwaltung, das Polizeitrafgesetzbuch und das Polizeiverfahren (Polizeigesetz) berichtet Abg. Fähr. Das Gesetz bezweckt, die Städte nicht nur mit dem bisherigen Anteil an den Kosten der staatlichen Ordnungspolizei zu belasten, sondern sie auch an den Kosten für die Beamten der sogenannten Polizeibereitschaft (Schubpolizei) teilhaben zu lassen. Das Gesetz wird ohne Debatte angenommen bei einer Enthaltung.

Das Gebäude-Sondersteuer-Gesetz

Ueber diesen neben dem Nachtrag zum Staatsvoranschlag wichtigsten Gegenstand der letzten Beratungsperiode des Landtags erstattet Abg. Müller den Ausschussbericht. Wir haben über den Gang der Verhandlungen über diesen Gesetzesentwurf im Haushaltsauschuss eingehend bereits berichtet, es erübrigt sich also eine Recapitulierung der Darlegungen des Abg. Müller. Verbunden mit der Beratung dieser Vorlage ist die Besprechung der Denkschrift des Ministeriums des Innern über „Wohnungsnot und Wohnungsausbau in Baden“. Ueber das Gesetz betr. die Gebäude-Sondersteuer wurde bekanntlich nach langen Verhandlungen unter den Koalitionsparteien eine Einigung erzielt in einem Kompromiß, in dem die völlige Steuerfreiheit der Landwirtschaft beibehalten und den Bürgern der Hausbesitzer soweit möglich Rechnung getragen wurde. Man glaubt durch diese Veränderung dem Wohnungsbau etwa 6 Millionen neu zuführen zu können. — Diese Einigung der Koalitionsparteien stellt natürlich die Opposition nicht ab, man auch im Plenum des Landtags ein Bombardement von Anfragen zu eröffnen; besonders der Landbau und die Deutsche Volkspartei entfalten hier einen edlen Wettstreit. Auch ist ein Telegramm des Verbandes der badischen Hotelindustrie eingegangen, in dem auf die schlimme Lage dieses Gewerbes hin gewiesen und Berücksichtigung ihrer Lage im Gesetz verlangt wird.

Namens des Zentrums verliest Abg. Fähr eine Erklärung, in der die Zustimmung dieser Partei zum Gesetzesentwurf ausgesprochen wird. Abg. Mayer-Weideler verliest folgende

Erklärung der Sozialdemokratie

Die Sozialdem. Fraktion stimmt dem Gesetzesentwurf zu. Wohnungsbau für diese Abstimmung ist die Tatsache, daß die ungeheure Wohnungsnot die sofortige Beseitigung größerer Mittel für Wohnbauwerke dringend erfordert. Diese Dringlichkeit der weitestgehenden Förderung des Wohnungsbaus hat alle Bedenken unserer Fraktion überwunden. Die Fraktion läßt aber keinen Zweifel darüber, daß bei einem weiteren Ausbau der Gebäude-Sondersteuer als Finanzquelle für den allgemeinen Bedarf für Land und Gemeinden die Grundlagen für die Steuerpflicht einer weitgehenden Revision unterzogen werden müssen.

Das lästige Klagespiel der Hausbesitzer singt Abg. v. Au (Landb.): Schuld an aller Not in diesem Land ist selbstverständlich die Zwangswirtschaft. Nur wenn dieser Druck vom Hausbesitzer genommen, wird eitel Freude und Jubel in Deutschland herrschen, wird es keine Wohnungsnot mehr geben; direkt eine Villa vorjagen aber Herr v. Au jedem Deutschen noch nicht; wir müssen dies um der Gerechtigkeit willen festhalten. Die Willen werden sich vorerst einmal die Hausbesitzer bauen, wenn sie volle Mietwucherfreiheit haben. Das Ideal des Herrn v. Au ist die dieser Lage in Württemberg vorzunommene Mietsinsregelung. Der Gesetzesentwurf enthalte folgende Härten, deren Beseitigung durch die Anträge des Landbundes erreicht werden soll. Das deutsche Volk habe die letzten Jahre gelebt und sich beiseite auf Kosten der Wohnung! Herrn v. Au wäre es also wohl lieber, wenn das deutsche Volk abgewartet hätte und ohne Kleider herumgelaufen wäre, nur damit der Herr Hausbesitzer gut zu leben und zu belächeln gehabt hätte. „Der Kampf wird nicht aufhören, bis der Hausbesitzer seine Freiheit hat.“ — Die deutsch-volksparteilichen Anträge begründet Abg. Dr. Matthes. Unvor dem ist, wie bei ihm gewohnt, in kleinlichen Nörkelereien und Sichelereien an der Regierung und den Koalitionsparteien. Zu seinen Anträgen bemerkt Herr Matthes, daß sie nicht gestellt seien, um etwa angenommen zu werden, sondern — „um Mitigation zu treiben“ wird ihm prompt zugerufen! Auch dieser Redner wünscht Übernahme der württembergischen Regelung. Die Vorlage wird von dem Redner und seiner Partei abgelehnt. — Abg. Wolf (Komm.) attestiert dem Herrn v. Au, daß er nach dem Motto geredet habe: Verne klagen, ohne zu leiden! Dann äußert er seine Unzufriedenheit damit, daß Zentrum, Sozialdemokratie und Regierung bis jetzt so wenig zu jaen wukten. Ueber die Kommunisten bringen es ja auch fertig, Reden zu kritisieren, die nicht gehalten wurden. Den Redeswall des Herrn Wolf können auch nichtehaltende Reden nicht eindämmen. Mit der Fassung der Angelegenheit durch die Koalitionsparteien ist Herr Wolf nicht einverstanden; er bekämpft die Vorlagen. — Abg. Mayer-Karlsruhe (Dp.) verliest eine Erklärung seiner Fraktion, die sich gegen das Gesetz wendet. — Abg. Mayer (Landb.) erklärt, daß sich seine Fraktion bei der Abstimmung der Stimme enthalte. — Abg. Dr. Götner (Dem.) polemisiert hauptsächlich gegen die Ausführungen des Herrn Dr. Matthes. Der Redner versetzt sich sodann in die zahlreichen Einzelheiten der Vorlage und der allgemeinen Steuererbauung, um schließlich auch seinerseits dem Gesetze auszusprechen.

Minister des Innern Kemmle

Heißt fest, daß die Haltung der deutschnationalen Fraktion hier im Landtag durchaus im Widerspruch steht mit der Haltung der deutschnationalen Reichstagsfraktion und ihrer Minister. Der derzeitige Reichstagsminister verlangt mit allem Nachdruck die Weitererhebung der Steuer. Wenn die Dinge so liegen, dann darf man einen solchen Luftstoß nicht führen, wie er von dem deutschnationalen Redner geführt wurde. Die Erhebung der Mietsins kommt reichsrechtlich. Die Mietervereine nehmen ebenfalls eine Mieterhöhung an, weil sie auch annehmen, daß auf eine andere Weise der Wohnungsbau nicht vorwärtskommen kann. Der Streit geht darum, in welcher Höhe den Hausbesitzern der Mietsins weggewehrt werden soll. Die Regierung ist mit dem Kompromiß der Koalitionsparteien einverstanden; sie bekommt ja dadurch mehr Geld, als sie durch das ursprüngliche Gesetz erhalten hätte. Selbstverständlich muß das durch die Mieter aufzubringende Geld zunächst für den Klein-

wohnungsbau verwendet werden. Die Vorlage wird hinsichtlich der Beseitigung der Wohnungsnot ein Vorteil sein. Wenn die Einwohnerzahl Badens härter zugenommen hat, wie in Württemberg, so ist dies vielleicht darauf zurückzuführen, daß Württemberg.

In Bezug auf den Wohnungsbau sollten doch die landwirtschaftlichen und gewerblichen Kreise endlich den Gesichtspunkt in Baden im Wohnungsbau mehr geleistet haben, wie in der Solidarität walten lassen. — In seinem Schlusswort weist der Berichterstatter einige Bemerkungen des Abg. Matthes zurück. Die Debatte ist damit geschlossen.

In der Abstimmung werden alle neu eingebrachten Änderungsanträge abgelehnt und der Antrag der Koalitionsparteien mit großer Mehrheit angenommen. Die gleichzeitig vorliegende Entschließung, nach der die Regierung auf Antrag die Steuer noch weiter ermäßigen kann und außerdem eine Anweisung an die Gemeinden zu erlassen ist, daß Hotelbetriebe in Kurorten gewisse Vergünstigungen erhalten, wird mit allen Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen, das ganze Gesetz wurde schließlich mit 54 gegen 13 bei 4 Enthaltungen angenommen. Dagegen waren die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei und die Kommunisten, enthalten hat sich der Landbund.

Der II. Nachtrag zum Staatsvoranschlag

Ministerium des Innern

Ueber den allgemeinen Teil gibt Abg. Dr. Fähr den Ausschussbericht. Dem Voranschlag stimmte der Ausschuss im allgemeinen zu; der Betrag für Bekämpfung der Tuberkulose soll jedoch von 35000 M. auf 85000 M. erhöht werden; des weiteren wird die Regierung ersucht, die Frage zu prüfen, ob eine Revision des Sparsparengesetzes vom 20. Juni 1923 erforderlich ist; weiter wird eine staatliche Unterfützung des Kindererfolbeses Dürheim des Badischen Frauenvereins angeregt. Ueber Titel „Ernährung und Landwirtschaft“ berichtet Abg. Weishaupt, hierzu stellt der Ausschuss keinen Änderungsantrag. Bezüglich der im Ministerium des Innern vorgelegten Denkschrift betr. die obligatorische Einführung der Hagelversicherung schließt sich der Ausschuss dem ablehnenden Standpunkt des Ministeriums an. — Ueber die Hauptabteilung 6 früheres Weltministerium: erstattet Abg. Dr. Götner den Ausschussbericht. — Darnach wird die Sitzung um 1/2 Uhr nachmittags abgebrochen und Weiterberatung auf Mittwoch vormittags 8 Uhr festgesetzt.

Die Landtagskandidaten der Zentrumspartei Mittelbaden. In einer am Sonntag in Karlsruhe abgehaltenen Zentrumsvorversammlung für den Wahlkreis Karlsruhe-Bruchsal-Vorsheim wurde der bisherige Spitzenkandidat dieses Wahlkreises, Finanzminister Dr. Köhler, wieder als Spitzenkandidat nominiert. Die 2. Stelle bleibt dem bisherigen Landtagsabgeordneten Landwirt und Bürgermeister Josef Hieselmeyer von Langenbrüden vorbehalten. Falls er infolge seines hohen Alters nicht mehr kandidieren sollte, wird an seine Stelle Bürgermeister und Müller Otto Heilmann von Dettingen treten. Es folgen an dritter Stelle Frau Klara Siebert in Karlsruhe, an vierter Hauptlehrer Verberich von Bruchsal (anstelle des bisherigen Abgeordneten Wiedemann von Bruchsal, der nicht mehr kandidieren will) an fünfter Gemeindevater Kiefer von Etlingen, an sechster Prof. Dr. Schmidt von Vorsheim, an siebenter Notar Haas in Karlsruhe und an achter Fabrikant Wohlfart in Gröningen.

Der Justizetat

Aus dem Haushaltsauschuss des Badischen Landtags. Der Haushaltsauschuss des Badischen Landtags hat am 24. Juli den Justizetat. Bei der allgemeinen durch den Vorsitzenden Gen. Maenn eingeleiteten Aussprache äußerten verschiedene Redner, ohne Widerspruch zu finden, ihr Bedauern darüber, daß die Hindenburgamnestie, die seit dem 1. 10. 23 begangenen Straftaten ausnehme und auf diese Art rechtswidrige Staatsverbrechen, insbesondere die Komplotte einseitig begünstige, während das Gros der kommunistischen hochverräterischen Verfehlungen in eine spätere Zeit falle. Baden und Württemberg waren die einzigen Länder, die im Reichstag gegen diese gesetzliche Aufhebung stimmten. Man erörterte die organisatorischen Aufgaben der Justizverwaltung aus Anlaß der Durchführung der Aufhebungsgesetzgebung. Dabei kam man auch auf einen aufsehererregenden Artikel aus Hypothekengläubiger-Verbandsfreien in der „Badischen Presse“ zu sprechen. Durch diesen Artikel werden die Gläubiger anzureizen, sich auf offenbare ausichtslose Prozesse einzulassen und die jetzt erfolgte gesetzliche Regelung nicht anzuerkennen. Die Justizverwaltung wird sich offiziös im Interesse der Beteiligten gegen diesen Artikel wenden. Das fand allgemeine Billigung. Beträmpelt wurde die in Preußen eingeführte Praxis — vorläufig festgenommene längere Zeit festzuhalten ehe man sie der richterlichen Genehmigung zuführt. Von unersäglichlicher Vorführung, wie das Gesetz es verlange, könne dann nicht mehr gesprochen werden, auch wenn umständliche Erhebungen geboten seien. Man begrüßte es, daß sich die badische Praxis streng an Wortlaut und vernunftgemäße Auslegung des Gesetzes halte. Zu den Anträgen auf Reform des Untersuchungsbaftrechts, wie sie dem Reichstag vorliegen, äußerte sich die Regierung außerordentlich zurückhaltend.

Was den Strafvollzug anbelangt, so stieß die neue Dienst- und Vollzugsverordnung für die badischen Strafanstalten auf keiner Seite auf Kritik. Ueber die praktischen Ergebnisse der sog. Emmingerischen Prozessreform, war man geteilter Meinung. Insbesondere wurde das Einzelrichterwesen verschiedentlich beurteilt. Daß aber die Praxis verschiedene Unzulänglichkeiten im Einzelrichterbetrieb sowohl in Zivil- wie in Strafsachen gezeigt habe wurde von keiner Seite verkannt. Der Vorsitzende stellte die Frage warum die Unterhaltungsanschüsse an Refendare einstellt seien und erhielt von Regierungsseite die Antwort, daß diese Zuschüsse durch Artikel 4 Abs. 3 der Personalabgabenverordnung seitens des Reichs verboten sei, daß aber die zur Zeit den Reichstag beschäftigende gesetzliche Regelung dieses Gebietes es wieder ermöglichen werde, auf befähigten und bedürftigen Referendaren Zuschüsse zu gewähren.

Bei der Einzelberatung wurde auf Befragen seitens eines sozialdem. Mitglieds festgestellt, daß dem alten Wunsch, Kürzungen für entlassene Gefangene auch im Hauptamt anzustellen, nicht in Mannheim und Freiburg ausgesprochen werde. Eine längere Diskussion lösten die Zwangserziehungsanstalten aus. Daß hier große Aufmerksamkeit der Jugend und daß der Zustand, wonach man jetzt genötigt sei, Anstalten außer Landes für die Unterbringung in Anspruch zu nehmen, beklagt werden müsse, wurde allgemein anerkannt. Nur wurden Bedenken in der Richtung laut, ob man das System der Zuschüsse an konfessionelle karitative Anstalten aufrecht erhalten könne, ob dies mit den Aufgaben des Staates vereinbar sei und ob nicht der Staat, wenn er schon einen sehr erheblichen Teil der Mittel aufwenden müßte, nicht auch die Verwaltung selbst betreiben und dahin zu wirken habe, daß das Eigentum der Anstalten auf in übergebe. Die Abstimmung über die betreffenden Resolutionen wurde auf Montag, den 27. Juli vertagt, da man erst noch einige Aufklärung/lebens der Regierung entgegennehmen will.

Geschwister
GUTMANN

Damen-Hüte
Grösste Auswahl Billigste Preise!

Strumpf- Wieser



Kaiserstr. 153 Fernruf 740

Kaffee und Konditorei
Karlsruhe Telefon 94 **ODEON** Kaiserstr. 218 Telefon 94

Täglich mittags und abends
Künstler-Konzerte
Eigene Konditorei Billard-Akademie

Badisches
Blechpackungs-
werk
G. m. b. H.
Karlsruhe-Knielingen
Telefon 4708
Herstellung von
Blech-Packungen
Spezialität:
Marmelade-Eimer
Konserven-Dosen

Richard Baer
Rastatt

Lumpen-Sortier-Anstalt
Telephon 340.

Käufer sämtlicher
Stoffabfälle
aus Schuhe-, Wäsche und
Korsettfabriken.

AEROCLAR

Bestes Mittel gegen
Salsleiden, Husten
Schnupfen
Erfolg verbürgend! Verrätlich empfohlen.
Zu haben in allen Apotheken.
Aeroclar-Vertrieb C. F. Otto Müller
Chem. Techn. Laboratorium
Karlsruhe i. B. Kaiserstr. 128

Bauhütte
Karlsruhe

Gemeinnützige Baugesellschaft
m. b. H.

Uebernahme
sämtlicher Bauarbeiten
Büro und Lager:
Rotteckstr. 17 Tel. 5200

Wichtig

ist
sich bei Einkäufen
auf den
Volksfreund
zu beziehen.

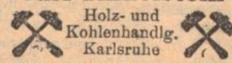
Städtische Sparkasse Durlach

Postscheckkonto 1216 Karlsruhe Fernsprecher 196/197

Wer seine Lage verbessern und zum Wiederaufbau der
deutschen Volkswirtschaft beitragen will, der bringe
seine Ersparnisse
und wären sie noch so klein
zur Sparkasse.

Wir vergüten zeitgemäße Zinsen und versorgen die kredit-
suchende Bevölkerung mit Darlehen; auch besorgen wir
alle bankmäßigen Geschäfte.
Kassenstunden: 8-1/2 und 1/2-1/6 Uhr, Samstags 8-1 Uhr.

Carl Finkelstein



Holz- und
Kohlenhandlg.
Karlsruhe
Rüppurrerstr. 8, Telefon 2394
Liefert
alle Sorten Kohlen
und Brennmaterial
in Ia Qualität
prompt, reell und billig.

Restaurant, Kaffee u. Konditorei

zum
Moninger

KARLSRUHE
Bestbesuchtes Haus am Platze.

Machol & Löwengardt

Pack-, Schreib- u. Druckpapiere

Akademiestr. 5 Karlsruhe Telefon 966

Badische Lederwerke

Karlsruhe-Mühlburg

Handschuhleder-Fabrik

Spezialität: „Veneziana“



A. Braun & Co.

Karlsruhe

J. Ettliger & Wormser

Gegr. 1811 Karlsruhe i. Baden Gegr. 1811

Eisengrosshandlung

Metalle Chemikalien

Rosenfeld & Co.

Karlsruhe i. Bd.

Metalle / Alteisen / Neueisen

Telefon Nr. 839, 840, 841, 184
Telegramm-Adresse: Metallfeld

Karl Kastner

Grünwinklerstr. 8 Tel. 2612

Ankauf von Lumpen, Alt-
papier und Neutuchen zu den
höchsten Tagespreisen

Metallhütte
Dr. Dannenberg & Co.

Tel.-Adr. Metallurgie G. m. b. H. Telefon Nr. 1387

Unsere Erzeugnisse:

Dopp. raff. Hüttenweichblei Marke M. d. K.
Hüttenhartblei, Schriftmetalle, Lager- u. Weiss-
metalle, Lötzin, Rotguss, Bronze, Zink.

We - Ra

Hauschuhe / Sandalen / Spangenschuhe

Hersteller:

S. Weil & Söhne, Schuhfabriken

Rastatt

Trinkt
St. Martins-
Bier

Spezialbräu der
Brauerei Huttenkreuz
Ettlingen

Friedrich Chr. Kiefer

Karlstraße 4 Karlsruhe Tel. 264 u. 2643

Kohlen, Koks, Briketts
Holz

Hammer & Helbling

Kaiserstrasse 155/157

Haus- und Küchengeräte / Oefen / Herde
Gasherde / Gruden

Heinrich Rausch Karlsruhe

Telefon 3477 und 3478 - Büro: Stefaniestraße 64
Lager: Oberfeldstraße (Neues Industriegelände)
Liefert

Bauholz nach Liste, Latten, Bretter,
Fußböden usw.

Pfannkuch
Eingetroffen:
Neues
Sauer-Kraut
Pfund 24 Pfg.
bei 5 Pfund
per 23 Pfg.
Pfannkuch

ATA
KEMPEL'SCHE PFLANZE

Die ein Gebild aus Himmelshöhen
Ist hier der blanke Mond zu sehn.
Der ATA-Engel lacht dabei:
Mit ATA wird er stets wie neu!
ATA pulst und reinigt alles!

„Ich war am ganzen Zeibe mit
Gleichen
behalten, wähe mich
durch das ewige Jucken
Tag u. Nacht pringten. In 14
Tagen hat Jucker's Patent-
Medizinat-Selle das Juck-
beieigt. Diese Selle ist sun-
deret wert. Preis 30,- a Stck.
60 Pfg. (1000/10), 20,- a Stck.
(250/10) u. 10,- 1,50 (350/10,
härte Form) Dazu Juckhoh-
Crene a 45,- 65 u. 90 Pfg. In
allen Apotheken, Drogerien u.
Parfümerien erhältlich.

Rosenfreunde
von Karlsruhe und Um-
gebung treffen sich am
Freitag, den 31. Juli
1925, abends 8 Uhr,
im „Weißen Berg“, Sub-
wigiplatz, zwecks
Gründung eines
Rosenvereins.

Harmonium
2 Reg. Mk. 238,-
9 Reg. Mk. 297,-
13 Reg. Mk. 417,-
Zahlpfandzahlung
Frankfurterstr.

Lang
Kaiserstr. 167 I, Tel. 1073
Salamander-
Schuhhaus.

Maschinenpänne
zu Brenn- und Stren-
pöden, u. für 100.000
abzugeben 4315
Wartstahler & Barth
Neureutherstr. 4.

Eis. Kinderbett
mit Matrize zu verkaufen
Bachstr. 57, V. r. 4316

Sport-Artikel
jeder Art
preiswert
und gut
Sport-Brannain
Karlsruhe
Durlacher Tor.

Bucherer
Empfehle
so lange Vorrat
Eier-Bruch-
Maccaroni
Pfund nur
53 Pfg.

Bucherer
in sämtlichen
Zitfalen 4315

Dirigent
Sefangelehrer, erffähig,
nimmt Gefangverein. Cht.
unter Nr. 4338 an das
Softefreundbüro erbeten.

Wiener Operette im Städt. Konzerthaus.
Heute Mittwoch, den 29. Juli, abends 7 1/2 Uhr
die volkstümliche Operette
„Das Musikantenmädels“
von Georg Jarno.
Billets von Mk. 1.50 b. 5.50 bei F. Müller, Kaiserstr.; Zigarren-
Brunner, Kaiserallee; Holzschuh, Werderstr. 48 und an der
Tageskasse. 4336
Morgen: Gräfin Mariza.

Bei günstigen Zahlungs-Bedingungen
und billigsten Preisen
erhalten Sie beim
Kürschner Neumann
3 Erbprinzenstraße 3 4319
Pelzjacken / Pelzmäntel / Skunks
Cpossum / Walaby / Wolf / Fuchs
und andere Garnituren

Volksbuchhandlung der Soz. Partei
Adlerstr. KARLSRUHE Teleph. 3701
empfiehlt
sämtliche Liferatur
insbesondere Partei-, Gewerk-
schafts- und Fach-Literatur
Lieferung ganzer Bibliotheken
Schreib-Waren aller Art
Wiederverkäufer und Vereine erhalten Rabatt.

Bei **Pelz-** Aenderungen u.
Reparaturen
ist es von großer Wichtigkeit, daß diese
von gelerntem Facharbeitern ausgeführt
und nicht durch unkundige Hand wert-
los gemacht werden. In unserer Groß-
Kürschnerlei sind nur erste tüchtige
Kürschner beschäftigt u. wird auch der
einfachsten Arbeit größte Sorgfalt ge-
widmet. Außerdem haben Sie fachmän-
nische Beratung und vorberige genaue,
allerbilligste Kostenfestsetzung mit
Zahlungserleichterung. 4272
Gross-
Kürschnerlei **Wilh. Zeumer**
Karlsruhe, Kaiserstraße 125/127.

MÖBEL
in großer Auswahl und guten
Qualitäten zu billigsten Prei-
sen. — Zahlungserleichterung.
Besuch lohnend.
Karl Eppler, Steinstr. 6

Gelegenheitskauf!
Umständehalber
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Eiche, tadellos gearbeitet, fabriken weit
unter Preis bei bequemer Teilzahlung,
zu verk. — Reflektanten wollen sich unter
Nr. 4340 an das Volkstreundbüro wenden.

Prima Bodenlacke
in 1 kg. Büchsen Mk. 1.30 per kg
offen Mk. 1.20
Strichfertige **Deifarben** aus reinem Leinöl-
harz gearbeitet von Mk. 1.20 an, zu haben im
Farbenhaus Ludwig Beider
Wilhelmstraße 4, Telefon 1350 4333

Tüchtig. Marmorhauer
für dauernde Arbeit gesucht. 4338
S. Göffel, Marmorgeschäft
Karlsruhe, Kriegsstr. 97

AUXOLIN
stärkt
u. reinigt den Haar-
boden u. verhindert
die Schuppenbil-
dung. Hinterläßt
einen lieblichen,
nicht aufdringli-
chen Veilchenge-
ruch.
Preis die Flasche
Mk. 2.- u. 3.-
**Haar-
wasser**
F. WOLFF & SOHN
KARLSRUHE

Ämtliche Bekanntmachungen
Polizeianlage betr.
Zurzeit ist der erste Abschnitt der Polizeian-
anlage im Bau begriffen. Es wäre sehr noch möglich,
Verbote an diese Anlage anzuschließen. Durch An-
schluß an diese Anlage können Verbote im Straß-
raum, gubertäßig und unauffällig das Ueberfall-
kommando der Polizeidirektion herbeiführen. Auch
können die Privaträume automatisch geöffnet und
diese Sicherung unmittelbar an die Polizeianlage
angeschlossen werden. Interessenten erhalten auf
den Polizeimachen nähere Auskunft.
Karlsruhe, den 28. Juli 1925. D. 3. 107
Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Milchpreis.
Die städtische Milchzentrale hat den Abgabepreis
für Milch so bemessen, daß die ihr angeschlossenen
Milchhändler zum Verkaufspreis von 34 Pfg. je
Liter die Milch frei Haus der Verbraucher liefern
werden. Dieser Preis tritt am Mittwoch den 29. Juli
in Kraft.
Karlsruhe, den 28. Juli 1925.
Städtische Milchzentrale. 1409

Eszet
Schokolade
flakao

Gasthaus z. Schweiz
(Ecke Wilhelm- und Winterstraße).
Heute
Schlachttag.
Keine gutgepflegte Weine. ff. Sinner-Viere.
Wittig- und Abendbisch. August Weber.

Allgemeine Ortskrankenkasse Durlach.
Mit Beschluß des Kassenvorstandes werden die Grundbühne bei dies. Kasse bis 7.- Mk mit Ein-
führung vom 3. August ds. Jrs. festgelegt. Demnach ergeben sich folgende Lohnstufen, Beiträge und
Leistungen:

a) Lohnstufen und Beiträge

Lohn- stufen	Täglicher Arbeitsverdienst		Grund- lohn	Krankenversicherungs- Beiträge 6%		Beitrag zur Erwerbslosenfürsorge 1,6%		Wohlfühlender Abzug am Krankenver- sicherung und Erwerbs- losenfürsorge aufammen
	von	bis		im ganzen	des Arbeitsgeb.	im ganzen	b. Mittgl. u. d. Arbeits- ge	
I.	1.16	1.15	1.-	—42	—28	—14	—12	—94
II.	1.16	1.75	1.50	—63	—42	—21	—16	—142
III.	1.76	2.45	2.-	—84	—55	—28	—22	—189
IV.	2.46	3.45	3.-	—126	—84	—42	—38	—290
V.	3.46	4.55	4.-	—168	—112	—56	—52	—412
VI.	4.56	5.55	5.-	—210	—140	—70	—64	—544
VII.	5.56	6.55	6.-	—252	—168	—84	—74	—678
VIII.	6.56	u. mehr	7.-	—294	—196	—98	—84	—816

b) Barleistungen

Lohn- stufen	Täglicher Kranken- und Wohngeld		Täglicher Stillgeld	Täglicher Hausgeld	Zufügen- geld für Ledige	Sterbegeld		
	berh. Verheirathete	ledige Verheirathete				für Mittglieder	für Gefrauen	für Kinder
I.	—60	—50	—50	—45	—05	35.—	17.50	8.25
II.	—90	—75	—50	—68	—08	35.—	17.50	8.25
III.	—120	—1.-	—50	—80	—10	40.—	20.—	10.—
IV.	—150	—1.50	—50	—1.30	—15	60.—	30.—	15.—
V.	—2.40	—2.-	—50	—1.80	—20	80.—	40.—	20.—
VI.	—3.-	—2.50	—50	—2.25	—25	100.—	50.—	25.—
VII.	—3.60	—3.-	—50	—2.70	—30	120.—	60.—	30.—
VIII.	—4.20	—3.50	—50	—3.15	—35	140.—	70.—	35.—

Obige Lohnstufeneinteilung mocht eine Neueinteilung oder Verändern notwendig. Die Arbeit-
geber werden ersucht, als Unterlage die derzeitigen Lohn- bzw. Gehaltsverhältnisse aller Beschäftigten
umgehend, spätestens innerhalb 8 Tagen der Kasse einzureichen.
Durlach, den 28. Juli 1925.
Der Vorstand: Ströschauer.